

Einzelpreis 70 Heller.
 (Einschließlich 5 Heller Post.)

12 Jahrgang.

Donnerstag, 21. Juli 1932

Nr. 171.

Staatsstreich gegen Preußen

**Papen zum Reichskommissar ernannt / Preußenkabinett abgesetzt
 Severing weicht erst der Gewalt / Standrecht über Berlin und Brandenburg**

Prag, 20. Juli. Der heutige Tag war für die Geschichte der Deutschen Republik von entscheidender Bedeutung. Die Reichsregierung hat, dem Drängen der Rechtskreise nachgebend, den schon oft besprochenen Schlag gegen Preußen geführt. Sie hat den Reichskanzler zum Reichskommissar für Preußen bestellt und dessen erste Handlung war, den Ministerpräsidenten Braun und den Innenminister Severing abzusehen. Gleichzeitig ging der Reichskanzler gegen das Berliner Polizeipräsidium vor. Der Berliner Polizeipräsident, der Vizepräsident und der Kommandeur wurden ihres Amtes enthoben. Sowohl die Minister als auch die Polizeibeamten harrten auf ihren Posten aus, bis sie gewaltsam entfernt wurden.

Die Sozialdemokratische Partei wird morgen zu den heutigen Ereignissen Stellung nehmen; der Parteiausschuss ist für Mittag einberufen. Gewerkschaften und Partei haben in einem Aufruf mitgeteilt, daß es gelte, die Wahlen zu ermöglichen; die Arbeiter werden aufgefordert, Disziplin zu bewahren.

Bedeutung ist, daß die Preussische Staatsregierung gegen den Schritt der Reichsregierung beim Staatsgerichtshof Einspruch erhoben hat, da die Einschaltung des Reichskommissars verfassungswidrig ist. Die Regierung Bayerns hat einen gleichen Schritt unternommen.

Das Vorgehen der Reichsregierung gegen die Preußenregierung wurde verbunden mit der Verhängung des Standrechts über Berlin und über die Provinz Brandenburg.

Der Schritt der Reichsregierung, der ein offener Verfassungsbruch ist, erfolgte auf Geheiß Hitlers und stellt einen Versuch dar, die Reichstagswahlen zu verhindern. Zum Gelingen dieses Versuches wird die Sozialdemokratie nicht die Hand bieten. Sie wird im Gegenteil dafür sorgen, daß die Wahlen stattfinden, die infolge der erfolgreichen Arbeit der Eisernen Front die Hoffnungen Hitlers arg enttäuschen werden. Der Rechtsfortigungsversuch, den der Reichskanzler heute abend im Rundfunk unternahm, ist ein Beweis für die enge Verbindung, die zwischen der Reichsregierung und Hitler besteht.

Die Putschverordnung.

Berlin, 20. Juli. Die Verordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg über die Einföhrung eines Reichskommissars in Preußen lautet:

Auf Grund des Artikels 48, Abs. 1. und 2., der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen folgendes:

1. Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preussischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preussischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der preussischen Ministerien zu betrauen.

Eine tadenscheinige Begründung.

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 ist der Reichskanzler zum Kommissar für Preußen bestimmt worden; in dieser Eigenschaft hat er auf Grund der ihm erteilten Vollmachten den Ministerpräsidenten Braun und den Innenminister Severing ihrer Ämter enthoben. Die Befugnisse und Aufgaben des preussischen Ministerpräsidenten sind auf den Reichskanzler als Reichskommissar übergegangen.

Die Selbständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angefaßt. Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß bald eine Beendigung des auf Grund der

nehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der preussischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preussischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der preussischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preussischen Staatsministeriums aus.

2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.
 Neudorf und Berlin, den 20. Juli 1932.
 gez. von Hindenburg,
 von Papen.

Notverordnung geschaffenen Zustandes eintreten wird.

Die blutigen, von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen haben die Reichsregierung vor die schwere Aufgabe gestellt, von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Land Deutschlands zu sorgen. In den übrigen deutschen Ländern, in denen die Polizeibehörden straff geleitet werden, besteht keine Befürchtung, daß kommunistische Umtriebe Erfolg erzielen. Die Reichsregierung bedauert lebhaft, daß diese Voraussetzungen für Preußen nicht in dem notwendigen Umfang zutreffen, obgleich sich die ordentlichen Polizeiorgane durch Einsatz von Person und Leben der Beamten bemüht haben, der offenbar von langer Hand vorbereiteten Unruhen Herr zu werden. In

Preußen hat die Reichsregierung die Beobachtung machen müssen, daß Planmäßigkeit und Zielbewußtheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlen.

Es ist kein Zufall, daß gerade in Preußen die kommunistische Kampforganisation am stärksten und erfolgreichsten aufgetreten ist und an den verschiedensten Orten ernste und blutige Unruhen hervorgerufen hat. Es besteht der begründete Verdacht, daß hohe preussische Dienststellen gegen Punkte nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist. Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten sowie der Bevöl-

kerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügeltsten scharfen Angriffe des preussischen Innenministers Severing und anderer hoher Beamten gegen die Reichsregierung.

Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Aufreten unmöglich gemacht worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reichs und Preußens in der Hand des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes.

Standrecht in Berlin und Brandenburg. Das Militär regiert.

Berlin, 20. Juli. Die wesentlichen Punkte der Verordnung des Reichspräsidenten lauten:

Auf Grund des Artikels 48, Abs. 2, der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg folgendes:

§ 1. Die Art. 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt.

Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, Anordnung von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2. Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den

Reichswehrminister über, der sie auf militärische Befehlshaber übertragen kann.

Zur Durchführung der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen wird dem Inhaber der vollziehenden Gewalt die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten Gebietes unmittelbar unterstellt.

Paragraph 3 und 4 setzt die Strafen fest, welche auf das Zuwiderhandeln gegen diese Verordnung gesetzt sind, bzw. die Verschärfung einiger sonst nach den ordentlichen Gesetzen zu verhängenden Strafen für schwere Delikte. In einer großen Anzahl von Fällen wird die Todesstrafe angedroht, besonders dann, wenn die Nichtbefolgung der Verordnung den Tod eines Menschen zur Folge hatte oder wenn nach den ordentlichen Gesetzen das betreffende Delikt mit lebenslanglichem Zuchthaus bestraft worden wäre.

Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister für Justiz außerordentliche Gerichte zu bilden, zu deren Zuständigkeit auch die nach Paragraph 3 der Verordnung zu verfolgenden Vergehen und Verbrechen gehören.

Severing und Braun weichen nur der Gewalt. Alle Minister solidarisch.

Berlin, 20. Juli. Zu den Vorgängen, die sich bei dem Erlaß und der Durchführung der heutigen Notverordnung abgespielt haben, erzählt das Conti-Büro folgendes:

Um 10 Uhr vormittags hatte der Reichskanzler die preussischen Minister Severing, Hirtfelder und Klepper zu sich gebeten, um ihnen die vorbereitete Verordnung und die Enthebung des Ministerpräsidenten Braun und des Reichsinnenministers Severing, gleichzeitig den an den früheren Oberbürgermeister von Essen Dr. Bracht erteilten Auftrag zur Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Innenministeriums mitzuteilen. Auf das Ersuchen, diesem sein Amt zu übergeben, weigerte sich der bisherige preussische Innenminister Severing mit der Begründung, er bezweifle das verfassungsmäßige Zustandekommen der Verordnung und er werde nur der Gewalt weichen. Der Reichskanzler erwiderte, daß die Frage der Verfassungsmäßigkeit zwar durch den Staatsgerichtshof zu prüfen, aber einstweilen eine mit den Unterschriften des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers vorliegende Verordnung rechtmäßig sei. Daraufhin wurde der Ausnahmezustand über Berlin und die Provinz Brandenburg verhängt. Inhaber der vollziehenden Gewalt ist nunmehr der Kreiswehrkommandant General Kundstedt, ihm untersteht auch die Polizei in Berlin und Brandenburg.

Berlin, 20. Juli. Der Reichskanzler als Reichskommissar hatte die noch nicht abgesetzten preussischen Minister zu einer Kabinettsitzung berufen; zu der Sitzung, die ursprünglich um 4 Uhr stattfinden sollte, die Reichskanzler von Papen dann aber auf 5 Uhr angelegt hatte, erschienen kein Mitglied des preussischen Staatsministeriums. Der Reichskanzler war vorher eine entsprechende Mitteilung gemacht worden.

Das Reichskabinett trat um 6 Uhr zusammen; auf Grund der Tatsache, daß die preussischen Minister insgesamt keine Weiterarbeit unter Papen verweigert haben, hat Herr von Papen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen sämtliche preussischen Minister ihrer Ämter enthoben.

Der Reichskanzler hat ferner zwei preussische Staatssekretäre, Dr. Staudinger aus dem Handelsministerium und Krüger aus dem Landwirtschaftsministerium, bis auf weiteres beurlaubt und sie ersucht, von der Führung ihrer Amtsgeschäfte Abstand zu nehmen.

Kurz vor dem Eintreffen des Oberbürgermeisters Dr. Bracht im Innenministerium verließ Ministerialdirektor Dr. Wadt das Ministerium, um sich nach Leipzig zu begeben und dort beim Staatsgerichtshof den Antrag der preussischen Regierung auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen die Maßnahmen der Reichsregierung einzureichen.

Preußenregierung spricht:

Einsetzung des Reichskommissärs verfolgt andere Zwecke.

Berlin, 20. Juli. Von der bisherigen preussischen Staatsregierung wird folgende Verlautbarung veröffentlicht:

Die preussische Staatsregierung nimmt einstimmig zu den heutigen Vorgängen wie folgt Stellung:

Die Einsetzung eines Reichskommissärs für Preußen, dem die gesamte vollziehende Gewalt übertragen wird, widerspricht nach Anschauung der preussischen Regierung der Reichsverfassung.

1. Weil kein Anlaß zu einer solchen Maßnahme vorliegt;

2. Weil die Einsetzung keine nötige Maßnahme zur Wiederherstellung

Severing aus dem Amt entfernt.

Berlin, 20. Juli. Der preussische Innenminister Severing, der um halb 6 Uhr seine Amtsräume verlassen hatte und an einer Konferenz der preussischen Minister teilnahm, die beim Minister Hirtzfelder als dem stellvertretenden Ministerpräsidenten stattgefunden hat, ist um halb 8 Uhr wieder im Ministerium des Innern erschienen.

Um 8 Uhr abends erschien Dr. Bracht in Begleitung von Reichswehr- und Polizeioffizieren, die Severing zum Verlassen des Amtes zwangen. Severing fügte sich der Gewalt und begab sich in seine neben den Amtsräumen gelegene Wohnung.

Grzesinski verhaftet.

Dr. Weiß und Heilmannsberg ebenfalls.

Der Berliner Polizeipräsident, Genosse Grzesinski, hat Mittwoch vormittags seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, seinen Dienstposten zu verlassen und die Amtsgeschäfte seinem von Generalleutnant von Rundstedt ernannten Nachfolger zu übergeben. Grzesinski ging dabei von der Annahme aus, daß die gesetzlichen Grundlagen für seine Beurlaubung in Ordnung seien.

Am Nachmittag hat er jedoch sowohl dem Generalleutnant von Rundstedt, als auch dem

der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist."

3. Weil der Eintrag andere Zwecke verfolgt.

Die preussische Staatsregierung wird daher sofort den Staatsgerichtshof anrufen und bis zu dessen Entscheidung den Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragen.

In Kreisen der Reichsregierung wird es stark bezweifelt, daß der Staatsgerichtshof eine einstweilige Verfügung erlassen werde, wie sie in der Regel nur in Zivilprozessen erfolge. Der Staatsgerichtshof hat in der Tat in seiner bisherigen Praxis nur in ganz seltenen Fällen eine einstweilige Verfügung erlassen.

von Papen als Nachfolger Severings bestimmten Dr. Bracht mitgeteilt, daß die Grundlagen zu seiner Amtsenthebung nicht in Ordnung sind und er sich daher nicht als befugt erachte, seinen Dienstposten zu verlassen. Er verbleibe daher auf seinem Platz.

Des weiteren protestierte Grzesinski gegen die widerrechtliche Aberufung des Polizeikommandeurs Heilmannsberg und des Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß.

In den Nachmittagsstunden gegen halb 5 Uhr erschien Hauptmann Hauße mit 12 Mann Reichswehr im Gebäude des Berliner Polizeipräsidiums, um Grzesinski, Weiß und Heilmannsberg in Haft zu nehmen; die drei Herren wurden in die Offiziersarrestanstalt in Roabit gebracht.

Während der Abführung wurden in den Gängen des Polizeipräsidiums von Beamten Hochrufe auf die Republik ausgebracht.

Nach der Übernahme der Geschäfte im Polizeipräsidium begaben sich der neue Polizeipräsident Melcher und der neue Kommandant der Schutzpolizei Polizeioberst Botten in die Polizeiunterkunft in der Friedrich-Karlstraße, um dort das Kommando über die Schutzpolizei zu übernehmen. Die Übernahme erfolgte programmäßig.

Die Antwort erfolgt am Wahltag!

Aufruf des Parteiverstandes.

Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat folgenden Aufruf erlassen:

An die Parteigenossen!

Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der Deutschen Republik ist zunächst mit aller Kraft am Wahltag zu führen. Es liegt beim deutschen Volk, durch seinen Nachspruch am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zusammenwirken der Reichsregierung mit den Nationalsozialisten entstanden ist.

Die Organisationen sind in höchste Kampfbereitschaft zu bringen. Strengste Disziplin ist mehr denn je geboten. Wilden Parolen von unbefugter Seite ist Widerstand zu leisten.

Ein Aufruf der Gewerkschaften.

Berlin, 20. Juli. Von den unterzeichneten Gewerkschaftsverbänden wird folgender Aufruf verbreitet:

„Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.“

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmer-schaft am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Straße noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das

Der „Vorwärts“ zu den Ereignissen.

Berlin, 20. Juli. Die Verhängung des Ausnahmezustandes in Berlin und Brandenburg und die Einsetzung des Reichskanzlers als Reichskommissar in Preußen ist selbstverständlich das Hauptthema der heutigen Abendpresse.

Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.

- Berlin, den 20. Juli 1932.
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
- Allgemeiner Freier Angestelltenbund.
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
- Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter.
- Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
- Deutscher Beamtenbund.“

Der „Abend“, das Abendblatt des „Vorwärts“, spricht von ungeheuerlichen und beispiellosen Vorgängen. Die Staatsregierung werde zwar Instanzen anrufen, die eine bei der Staatsgerichtshof, die höhere Instanz aber, die zum Urteil über diese ungeheuerlichen Vorgänge berufen ist, sei das Volk. Es sei berufen, am 31. Juli sein Urteil abzugeben. Die Freiheit sei bedroht, nun erst recht: Freiheit.

Herr von Papen fälscht Geschichte.

Eine verlogene Rundfunkrede. — Die Nazis als Hüter der Kultur.

Berlin, 20. Juli. Reichskanzler von Papen hielt heute abend zur Begründung des Eingetretens des Reiches in Preußen eine Rede, in der er ausführte:

Als Reichskommissar für Preußen habe ich auf Grund der mir erteilten Vollmacht, den bisherigen preussischen Ministerpräsidenten und den preussischen Innenminister Severing ihrer Ämter enthoben. Die preussische Staatsregierung ist bereits am 19. Mai freiwillig zurückgetreten und hat seitdem nur die laufenden Geschäfte gemäß Artikel 59 der preussischen Verfassung geführt. Der neue Landtag war auf Grund der vom alten Landtag, und zwar den Parteien der Weimarer Koalition herbeigeführten Geschäftsordnung nicht in der Lage, die Wahl eines Ministerpräsidenten vorzunehmen. Die auf diesem Vorgang beruhende parlamentarische Basis des geschäftsführenden Kabinetts ist entscheidend von der tatsächlichen Haltung der kommunistischen Partei abhängig, denn nach den Wahlen zum preussischen Landtag entfallen 47 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die NSDAP und nur 37 Prozent auf alle übrigen Parteien und der Rest von 16 Prozent auf die Kommunisten. Ich will hier nicht im Einzelnen zu der Frage Stellung nehmen, wie weit man noch von geordneten parlamentarischen Verhältnissen sprechen kann, wenn durch die Haltung der einzelnen Parteien der kommunistischen Partei eine Schließung eingetretet wird.

Die kommunistische Partei Deutschlands erstrebt nach ihrem eigenen Bekenntnis und nach zahlreichen Feststellungen des höchsten deutschen Gerichts den gewalttätigen Umsturz der Verfassung. Sie arbeitet seit Jahr und Tag mit allen Mitteln an der Zerschlagung von Polizei und Wehrmacht, sie versucht mit den verschiedensten Methoden die Zerstörung der religiösen, sittlichen und kulturellen Grundlagen unseres Volkstums, und endlich ist es die NSD, die durch ihre illegalen Terrorgruppen Gewalt und Mord in den politischen Kampf hineingetragen hat. Will sich das deutsche Volk diesen Tatsachen verschließen, will es außerachtlassen, daß die Tätigkeit der NSD einen beharrlichen Kampf gegen die Lebensgrundlagen von Staat, Kirche, Familie und Millionen von Einzelschicksalen bedeutet? Nein, ich stehe vielmehr nicht an, in aller Offenheit zu erklären, daß es die sittliche Pflicht jeder Regierung ist, einen klaren Trennungsschritt zwischen den Feinden des Staates, den Zerstörern unserer Kultur und den um das Gemeinwohl ringenden Kräften unseres Volkes zu ziehen, weil man sich zu dieser, dem einsachen und natürlichen Rechtsempfinden entsprechenden Folgerung nicht entschließen konnte, weil man die sittlichen Elemente der politischen Bewegung außer acht ließ, hat sich von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr die Radikalisierung des politischen Kampfes gesteigert, weil man sich in maßgebenden politischen Kreisen nicht dazu entschließen kann, die politische und moralische Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten aufzugeben, ist jene unnatürliche Frontenbildung ent-

standen, die die staatsfeindlichen Kräfte der Kommunisten in eine Einheitsfront gegen die aufstrebende Bewegung der NSDAP einreißt.

Die Regierung war aber von dem Augenblick an zu eigenem Handeln verpflichtet, von dem an die bisher nur aus parteitaktischen Gründen erfolgte Einschaltung der Kommunisten in eine Einheitsfront auch auf Maßnahmen verantwortlicher Regierungsstellen Preußens übergriffen hat.

Die Feststellungen der letzten Zeit haben ergeben, daß die weitaus überwiegende Zahl der schweren Unruhen nur auf Angriffe kommunistischer Terrorgruppen zurückzuführen ist. Alle einzelnen politischen Maßnahmen der örtlichen Polizeiorgane haben eine dauernde und sichere Herstellung geordneter Verhältnisse nicht erzielen können. Diese Aufgabe kann nur durch planmäßige und zielbewußte Führung gegen die Urheber der Unruhen gelöst werden.

Die Reichsregierung hat die Feststellung machen müssen, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preußen einer Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen hat, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der NSD. zu treffen.

Wenn beispielsweise hohe Funktionen des preussischen Staates ihre Hand dazu bieten, Führern der kommunistischen Partei die Verschleierung illegaler Terrorabsichten zu ermöglichen, wenn offen ein preussischer Polizeipräsident seine Parteigenossen auffordert, man möge die Kreise der Kommunisten nicht stören, dann wird die Autorität des Staates von oben her in einer Weise untergraben, die für die Sicherheit des Reichs unerträglich ist.

Im Verlauf der von mir als Reichskommissar von Preußen angeordneten Maßnahmen hat sich herausgestellt, daß der bisherige preussische Innenminister, der verfassungsmäßig zu Recht erfolgten Verfügung des Herrn Reichspräsidenten nicht folgen wollte. Er hat erklärt, nur der Gewalt weichen zu wollen. Nur aus diesem Grunde hat die Reichsregierung einer Ermächtigung des Reichspräsidenten folgend, den militärischen Ausnahmezustand für Berlin und Brandenburg erklären müssen. Der militärische Ausnahmezustand wird selbstredend nur so lange aufrechterhalten, als es die Herstellung gesicherter Verhältnisse verlangt. Mein Wunsch, mit den übrigen preussischen Ministern zusammenzuarbeiten, ist inzwischen durch einen Brief durchkreuzt worden, in dem die Herren es ablehnen, mit mir zusammenzuarbeiten. Damit haben diese Herren selbst eine neue Sachlage geschaffen.

Die Reichsregierung wird auf dem von ihr als richtig erkannten Wege unbeirrt fortfahren.

Bayern an der Seite der Preußenregierung.

Rechtsverwahrung beim Reichskanzler.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat an den Reichspräsidenten ein Telegramm gerichtet, worin er mitteilt, daß er für die bayerische Regierung beim Reichskanzler Rechtsverwahrung eingelegt und Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Rechtsfrage beantragt hat. An den Reichskanzler hat Dr. Held folgendes Telegramm gesandt:

Die Einsetzung eines Reichskommissärs an Stelle von Landesregierungen und die Amtsenthebung von Landesministern ist nach Auffassung des bayerischen Gesamtministeriums mit der Reichsverfassung nicht vereinbar. Die Notverordnung vom 20. Juli 1932 berührt verfassungsmäßige Rechte aller Länder und ihre verfassungsmäßige Existenz. Namens der bayerischen Staatsregierung lege ich förmlich Rechtsverwahrung ein. Antrag

beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich auf Entscheidung der Rechtsfrage ist von uns geschehen.

Hessen auf Seite Preußens.

Darmstadt, 20. Juli. Ueber den Standpunkt der hessischen Regierung zur Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen wird mitgeteilt:

Die hessische Regierung hat sich seinerzeit ebenso wie die anderen süddeutschen Regierungen mit Nachdruck gegen die vom Reich verfügte Befestigung des Uniform- und Demonstrationsverbotes der Länder und gegen den Gedanken der Einsetzung eines Reichskommissars gewandt. Man begründet es darum in Darmstadt, daß verschiedene Länder zwecks Prüfung der Rechtsgültigkeit des Vorgehens der Reichsregierung an den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich appelliert haben.

Kommunisten für die Einheitsfront?

Zwei Moskauer Funkreden.

Berlin, 19. Juli. (T. A.) Großes Aufsehen haben hier zwei im Moskauer Rundfunk gehaltene Reden erregt, durch die die kommunistische Partei Deutschlands zum Aufgeben ihrer ererbten Agitation gegen die Sozialdemokraten aufgefordert wird.

In Deutschland rückt der Entscheidungskampf mit dem Faschismus immer näher und man müsse sich fragen, ob es nicht die höchste Zeit sei, einen Burgfrieden der beiden Arbeiterparteien zu schließen. Vor allem müssen die Gewerkschaften den inneren Kampf ruhen lassen, die deutschen Arbeiter müßten einsehen, daß es um mehr als um ein politisches Programm gehe. Auf Jahrzehnte hinaus könnte die Arbeiterschaft und jede Arbeiterbewegung durch den Faschismus geknechtet werden. Deshalb ergehe an jeden Werktätigen der Ruf zur Einheitsfront, die vielleicht auch Kompromisse notwendig mache. Erst wenn der gemeinsame Feind geschlagen sei, könnten die Auseinandersetzungen wiederaufgenommen werden.



Ministerpräsident Otto Braun

Putsch in Preußen.

Die Baronsregierung hat im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten gegen die preußische Staatsregierung den von den Nazis geforderten entscheidenden Streich geführt. Am Dienstag hat der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerrl an den Herrn v. Papen einen Brief geschrieben, in dem er die Einsetzung eines Reichskommissärs für Preußen verlangte und prompt hat die Reichsregierung gestern schon dem Wünsche Rechnung getragen. Sie hat eine Notverordnung erlassen, durch welche die gesamte Vollzugsgewalt im Lande Preußen auf den Reichskanzler übergeht, sie hat über Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg den Ausnahmezustand verhängt und die gesamte Schutzpolizei dem Reichswehrminister unterstellt. Krampfhaft bemühen sich jetzt während des Wahlkampfes die Papenkreuzler, ihr enges Vertrauensverhältnis zu der Regierung der Barone zu leugnen und deren Abhängigkeit von ihnen zu bestreiten, die sofortige Erfüllung des Befehls der Nazis aber ist, wenn es überhaupt noch eines weiteren Beweises bedurft hätte, der schlagendste Beweis für die völlige Abhängigkeit dieser Regierung von ihren nationalsozialistischen Vätern. Es ist nicht das erstemal, daß Papen und Hitler einander gegenseitig in die Hände arbeiten. Als Preis für die Zulassung der Schandverordnung erhielt Hitler die Aufhebung des Aufmarsch- und Uniformverbotes seiner SA-Stralbe zugestanden, für die Tolerierung der Taten der Regierung kam die Brechung des Widerstandes des Landes Bayern gegenüber der Aufhebung des Uniformverbotes und nun haben die Braunen Häuser bei dieser von ihren Gnaden existierenden Regierung auch die brutale und rechtswidrige Verdrängung der bisherigen preußischen Staatsregierung durchgeföhrt.

Gegen Preußen, das der Nazifascismus als Bollwerk der Demokratie tödlich haßte, richtete sich die ganze Wucht seiner Angriffe. Alle Anstrengungen wurden gemacht, um diese noch immer starke Bastion des republikanischen Deutschland aus den Angeln zu heben. Seit Monaten und Jahren war die heutige preußische Regierung die Zielscheibe der schamhaftesten Verleumdungen und ganz besonders war es die preußische Polizei, gegen die sich die Nazi-Dege richtete. Kein Mittel war zu gering, das nicht den Zweck heiligen mußte. Selbst die Frau des Vizepräsidenten der Berliner Polizei wurde in diesen Verlogenheiten und erbärmlichsten aller Kämpfe hineingezogen. Die Nazis wußten: ohne den Besitz Preußens war an die Gewinnung der Macht in Deutschland nicht zu denken.

Was sich in Preußen gestern ereignet hat, das ist ein offener, unverhüllter Putsch von oben, ist ein Staatsstreich, für den es zur Rechtfertigung keinen juristischen und verfassungsmäßigen Paragraphen gibt. Die Regierung sagt in ihrer Begründung, die ihre Argumente zur Gänze dem Schreiben des nationalsozialistischen Landtagspräsidenten entlehnt, sie habe die „Beobachtung gemacht“, daß eine planmäßige und zielbewußte Führung gegen den Kommunismus geföhrt habe, denn gerade in Preußen hätten die Kommunisten wiederholt blutige Unruhen hervorgerufen, auch bestche „der Verdacht“, daß hohe preußische Dienststellen nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist. So dreist die Wahrheit zu verstellen und so frech zu lügen versteht nur jemand, der Charakter und Denken völlig dem Geist der Nazis untergeordnet hat und alle Dinge nur mehr durch die Brille Hitlers sieht. Von allem was da behauptet wird, ist das Gegenteil richtig. Unter allen Ländern Deutschlands war es gerade Preußen, in dem die geordneten Zustände herrschten und Sicherheit und Schutz für alle Staatsbürger. Die preußische Regierung hat

allen politischen Parteien gegenüber Gerechtigkeit und Freiheit beobachtet, allerdings hat sie auch dafür gesorgt, daß nicht Bürgerkrieg das Land verwüste und sie war bemüht, Preußen als einen Eckpfeiler gegen alle reaktionären, monarchistischen und volksfeindlichen Anstürme zu bewahren. Welche abgrundtiefe Deuchelei, dieser Regierung, die nur das eine Verbrechen begangen hat, daß sie den Sakenkreuzlern ein Dorn im Auge und ein Hindernis auf ihrem Blutwege ist, mangelnde Autorität vorzuwerfen! Das wagt dieselbe Reichsregierung, die durch die Hitler zu Gefallen durchgeführte Loslassung der braunen Sorden Deutschland in einen brodelnden Hexenkessel verwandelt hat und die jenenruhig zusah, wie die SA-Romdys Tag um Tag heimtückische Ueberfälle auf politische Gegner und auf Einrichtungen gegnerischer Parteien verübten, die auch nichts davon hörte, wenn die Redner und Zeitungen der Nazis in ungezählten Fällen zu wichtigem Wort und Totschlag offen aufforderten! Die Reihe der von den Nazi-Bestien ermordeten Arbeiter ist ins Ungeheure angewachsen, doch all das vergossene Blut hat die Regierung kalt gelassen, für nichts angesehen und nun bringt sie auch noch die Verlogenheit auf, für die Geister, die sie rief, andere verantwortlich machen zu wollen! Nein, es liegt auf der Hand, daß die täglichen Akte des von den Nazis entfesselten Terrors keinem anderen Zwecke dienen, als dem, den Vorwand zu erlangen, gegen Preußen vorzugehen und behaupten zu können, daß die preußische Regierung und ihre Polizei ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen. Da es bei den Landtagswahlen mißlungen ist, die Regierung zu beseitigen, wird dies nun auf anderem Wege vollzogen. Niemandem kann zweifelhaft sein, wo die Schuld an den bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Deutschland zu suchen ist.

Das Dritte Reich:

Terror wie in Italien.

Gewerkschaftsekretär in seiner Wohnung niedergeschlagen.

Limburg, 19. Juli. (Eigenbericht.) Der Gewerkschaftsekretär Adolf Kunz in Burg wurde von Nationalsozialisten schwer verletzt. Der Ueberfall stellt sich als ein planmäßig vorbereiteter Terrorakt nach italienisch-fascistischem Muster dar.

Aufgehört durch eine Brandrede des preußischen Landtagspräsidenten Kerrl führen mehrere hundert Braunhenden auf Lastautos vor das Haus von Kunz. Ein Befehl: „Absteigen!“ erscholl. Sofort erfolgte der Angriff. Durch die Fenster, die mit großen, mitgebrachten Quadersteinen eingeworfen wurden, drangen die Nazis ein. Die Türen wurden durch Fußtritte eingetreten und dann auf Kunz, der sich mit seiner Gattin und einigen wenigen Sozialdemokraten zur Wehr setzte, eingeschlagen. Die Nazis schrien: „Neh! haben wir den verfluchten Kunz. Jetzt ist er unser!“ Kunz erhielt mit einer rostigen Feile sechs Stiche in den Kopf. Darauf stürzten sich die Nazis auf Frau Kunz, mißhandelten sie und traten sie zu Boden. Die Wohnungseinrichtung wurde völlig demoliert. Keine Scheibe, kein Stuhl, kein Vorhang, keine Lampe, nichts blieb ganz. Alles wurde von den Banditen ruiniert. Der Vorfall spielte sich sehr schnell ab. Nach getaner Arbeit sahen die Nazis auf und führen davon. Die Polizei konnte die Rädelshörer erstensherweise feststellen.

Reichsbannerführer erschossen.

Gelsenkirchen, 19. Juli. (Eigenbericht.) In der Nacht zum Dienstag um drei Uhr wurde in Buer der Kameradschaftsführer des Reichsbanners Johann Schlenhoff, 62 Jahre alt, von dem 35jährigen Nationalsozialisten Werner Günther, Adjutant des Ortsgruppenführers der Nationalsozialisten, erschossen. Schlenhoff hatte mit mehreren Kameraden den Schutz einer Akekolonne der Eisernen Front übernommen. Unterwegs trafen sie einen 35jährigen SA-Mann Werner Günther, der Streit begann und nach einem Reichsbannermann schlug. Dann stürzte er in eine benachbarte Torfahrt. Als die Reichsbannerleute ihm folgten, gab er einen Schuß ab, der Schlenhoff in die Brust traf. Ein zweiter Schuß blieb im Lauf der Waffe stecken. Den Reichsbannerleuten gelang es, den Täter zu entwaffnen und ihn unschädlich zu machen. Er wurde mit schweren Kopfverletzungen in ein Krankenhaus geschafft.

Ein Gefecht bei Stralsund.

Die folgende, offensichtlich aus nationalsozialistischer Quelle stammende Meldung wurde gestern vom Tschchoslowakischen Pressbüro verbreitet:

Stralsund, 26. Juli. In der vergangenen Nacht war der Stralsunder Polizei nach der Hiltterkundgebung gemeldet worden, daß Angehörige der Eisernen Front im Anmarsch auf

Zulezt war Altona der Schauplatz eines ungeheuerlichen Blutvergießens. Die Polizei hatte es wohl in der Hand, es zu vermeiden, wenn sie den SA-Marsch durch die Proletarierviertel verboten hätte. Aber die Polizei gestattete die freche Provokation, da sonst die Nazis sich die Mäuler über Unterdrückung gerissen hätten. Und da nun Blut floß, brüllten sie auch, jammern über mangelnde Autorität und Voreingenommenheit der preußischen Regierung. Und pünktlich macht auch die Papen-Regierung, die selber die Blutsaat ausgestreut hat, die preußische Regierung für die Ereignisse verantwortlich. Verschleiierungen helfen nichts, es ist evident, daß die Reichsregierung bei der Einsetzung eines Reichskommissärs in Preußen nur dem Befehle ihrer nationalsozialistischen Auftraggeber Folge leistet, die Preußen in eine Nazi-Kolonie umwandeln, Posten und Ämter für die Stellenjäger in ihren Reihen freimachen wollen.

Die deutsche Sozialdemokratie führt gegenwärtig einen furchtbar schweren Kampf, in dem nicht nur über ihr eigenes Schicksal entschieden werden wird. Die neueste Schandtat der Regierung der Junker und Barone hat die Situation aufs äußerste verschärft, es ist offenkundig, daß es die vereinigte Reaktion darauf angelegt hat, unsere Partei zu provozieren, sie und die Arbeiterschaft zu irgendwelchen Unbesonnenheiten zu verleiten, die ihr die Handhabe zu noch verschärfteren Maßnahmen geben sollen, um auf diese Weise die Wahlen zu beeinflussen. Die Arbeiterschaft aller Länder verfolgt mit leidenschaftlichster Anteilnahme den schweren Kampf ihrer deutschen Brüder und wünscht aus vollem Herzen, daß sie die richtigen Waffen finden mögen, um in schwerer Stunde sich der ihnen drohenden furchtbaren Gefahren zu erwehren!

Stralsund seien. Zur Verstärkung wurde deshalb ein Stettiner Schutzpolizeikommando nach Regast entsandt. Unterwegs wurde das Kommando in einem Walde plötzlich heftig beschossen. Die Beamten erwiderten das Feuer und umstellten das Waldstück. Ueber hundert Personen, die dort im Hinterhalt gelegen hatten, wurden festgenommen.

Man fand eine Menge Pistolen, 77 Schußmunition, 14 Messer, zahlreiche Gummimäppel, Stahlruten, Totschläger und mit Nägeln beschlagene Knüppel sowie andere Schlagwerkzeuge. Eine mit Verbandzeug gefüllte Aktentasche wurde beschlagnahmt. Die Verhafteten, unter denen sich sozialdemokratische Führer aus Stralsund befanden, wurden von den Polizeibeamten mit gezogener Pistole abgeführt.

Beim Feuergefecht im Walde wurden einige Personen verletzt. Der der Eisernen Front angehörende Lehrer Arull aus Greifswald wurde mit einem Kopfschuß ins Krankenhaus eingeliefert, wo er inzwischen gestorben ist. Bei neuen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und anders Denkenden wurden heute vormittag auf dem Marktplatz in Stralsund einige Nationalsozialisten durch Messerstiche und Schläge schwer verletzt.

Hierzu erhalten wir einen Eigenbericht aus Berlin, aus dem hervorgeht, daß die Tatsachen in der obigen Meldung völlig auf den Kopf gestellt wurden. In Stralsund waren anlässlich des Hilttertages, zu dem Hitler selbst erschienen ist, etwa 12.000 SA- und SS-Männer zusammengezogen. Trotz aller Provokationen hielten die Arbeiter jedoch Disziplin. In dem nahen Walde hatten 120 rote Hüllen ein Zeltlager aufgeschlagen; auch ein Jugendheim war in der Nähe, zu dessen Schutz mit Genehmigung des Landrates etwa 40 Angehörige der Eisernen Front gekommen waren.

Gegen Mitternacht erschien ein Ueberfallauto der zur Unterstützung herangezogenen Stettiner Polizei und ging gegen die Siedlung los. In dem erwähnten angehaltenen Auto befand sich ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter aus Stralsund und mehrere Gewerkschaftssekretäre, denen die oben erwähnten Waffen weggenommen wurden, obwohl sie Waffenscheine besaßen. Der Protest des Reichstagsabgeordneten wurde mit den Rufen: „Haften Sie das Maul!“ beantwortet.

Während das Auto durchsucht wurde, setzte ein wildes Feuer der Polizei gegen den Wald und das Jugendheim ein. Von Angeln getroffen, sank der Lehrer Kross, der Leiter des Jugendheimes, zu Boden. Er ist dann im Krankenhaus an einer Schußverletzung gestorben. Aus dem Walde ist gegen die Polizei kein einziger Schuß abgefeuert worden.

Trotzdem wurden an die 60 Personen verhaftet, später allerdings zum größten Teil wieder freigelassen.



Innenminister Severing

Was das deutsche Volk sagt.

Berlin, 20. Juli. Die Maßnahmen der Reichsregierung in Preußen rufen im ganzen Lande ungeheure Erregung hervor. Zumeist werden diese Maßnahmen als staatlicher Umsturz aufgenommen, durch den Preußen seiner staatlichen Souveränität beraubt und der militärischen Diktaturgewalt unterworfen wird. Die Presse ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit befaßt sich in erster Reihe mit der Frage, ob es sich um einen Akt handelt, der der Verfassung des Deutschen Reiches entspricht.

Im Lager der Rechten wird ausgeführt, daß die heutigen Maßnahmen der Reichsregierung im Rahmen der Verfassung erfolgten.

Im Lager der Linken, gegen die die heutigen Maßnahmen in erster Reihe gerichtet sind, wird demgegenüber ausgeführt, daß man von einer verfassungsmäßigen Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht sprechen könne, da man die preußische Regierung weder beschuldigen könne, daß sie ihre durch die Reichsgesetze vorgeschriebenen Pflichten nicht erfüllt, noch daß sie bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung Schwäche zeigte. Die Linkspresse beruft sich dabei insbesondere auf das Gutachten dreier Experten des öffentlichen Rechtes, die sich über die Verfassungsmäßigkeit des Vorgehens der Reichsregierung sehr skeptisch geäußert haben.

Die praktische Reichweite des über Berlin und Brandenburg verhängten Ausnahmezustandes kann man folgendermaßen zusammenfassen: Die Bürger können im Interesse der öffentlichen Ordnung ohne alle Formalitäten verhaftet werden. Die Behörden können ohne Rücksicht auf die Vorschriften der Prozessordnung Hausdurchsuchungen vornehmen. Postsendungen verdächtiger Personen können geöffnet und beschlagnahmt werden. Telefongespräche können unterbrochen oder abgehört werden. Die Herausgabe von Zeitungen und die Veranstaltung von Versammlungen kann gleichfalls ohne Rücksicht auf die betreffenden Rechtsnormen verboten werden. Vereine können aufgelöst und ihr Eigentum beschlagnahmt werden.

In den Fabriken und Werkstätten wurde die Nachricht von den neuen Maßnahmen der Reichsregierung erst mittags bekannt. Die Vertrauensmänner forderten überall die Arbeiterschaft auf, sich durch Aufforderungen zum Streik nicht hinreißen zu lassen und vollkommene Ordnung zu bewahren. Nach den bisherigen Meldungen wurde die Ruhe bis jetzt nirgends gestört.

Ruhe in Berlin.

Berlin, 20. Juli. (Conti.) Infolge der sich überstürzenden politischen Ereignisse, die meist durch Extrablätter in den Filialen der einzelnen Zeitungen ausgehängt wurden und auf diese Weise schnell dem Publikum bekannt geworden sind, erwartete man, daß sich in den Nachmittagsstunden größere Ansammlungen ereignen würden. Die Straßen Berlins gaben aber das gewohnte Bild. Lediglich Unter den Linden sind vor dem preußischen Innenministerium kleine Ansammlungen bemerkbar, die von der Polizei dauernd im Fluß gehalten werden. Um vor allen Dingen das Regierungsviertel vor größeren Ansammlungen zu schützen, wurde die Pannelei verstärkt besetzt. Durch Ueberfallwachen wurden in aller Eile Doppelposten an alle Straßenkreuzungen der Pannelei herangeholt. Die Ausgänge der Zeitungen sind belagert, werden aber ohne Aufheerungen gelesen, so daß sich nirgends Reibereien ergeben. Die Gegend vor dem Polizeipräsidium ist ebenfalls völlig ruhig. Auch der Osten Berlins bietet das gewohnte belebte, aber völlig normale Bild.

Das Echo in England.

London, 20. Juli. (Wolff.) Trozdem die englische öffentliche Meinung bereits seit einiger Zeit auf die Möglichkeit besonderer innerpolitischer Entwicklungen in Deutschland vorbereitet worden war, sind die heutigen Nachrichten über die Ereignisse in Berlin völlig überraschend gekommen. Ausnahmezustand in Berlin“ verkündeten die Straßenplakate der Presse in Fettdruck, und die Ueberchriften der Blätter lassen erkennen, daß die neuen Notmaßnahmen der deutschen Regierung als ein Erfolg der Nationalsozialisten angesehen werden.

Die letzten Vorlagen vor den Ferien.

Krisenabgabe fertig. — Differenzen mit der Regierung wegen der Sparkommission.

Prag, 20. Juli. Im Parlament sollen heute zwei Ausschüsse die Krisenabgabe für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge und die Spar- und Kontrollkommission für die morgigen Verhandlungen des Plenums vorbereiten. Während die Krisenabgabe, die die Agrarier letztlich noch als Hauptpunkt für ihre bekannten Forderungen benützen wollten, im sozialpolitischen Ausschuss glatt durchging, kam es im Verlaufe der Verhandlungen des verfassungsrechtlichen Ausschusses über die Spar- und Kontrollkommission zu einem regelrechten Konflikt zwischen dem gesamten Ausschuss und der Regierung wegen der durchgreifenden Änderungen, die der Ausschuss an der Vorlage vornehmen wollte. Schließlich wurde über Wunsch der Regierung die schon begonnene Abstimmung im Ausschuss auf morgen halb 10 Uhr vertagt, um einem Vertreter der Regierung, dem Innenminister Slavik, Gelegenheit zu geben, an den weiteren Ausschussberatungen teilzunehmen und den Standpunkt der Regierung zu vertreten.

Die letzte Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses in der Vorwoche mußte bekanntlich abgebrochen werden, weil die Agrarier die Krisenabgabe mit ihren sämtlichen Forderungen juxta-ponieren wollten und ihr Sprecher Dubicki dabei außerordentlich scharf ins Zeug ging. Heute hatten sich die Herrschaften bereits etwas besänftigt und legten der Vorlage keine größeren Schwierigkeiten mehr in den Weg.

Am diese völlig geänderte Haltung aber irgendwie zu begründen, erzählte Dubicki viel vom dem „großen Sieg“, den die Agrarier dank dieser Haltung hinsichtlich ihrer bekannten Forderungen nach Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion erzielt hätten.

Dieser Darbietung trat jedoch

Genosse Taub

sehr entschieden entgegen. Er erklärte u. a., er begreife es, daß Dubicki den Rückzug seiner Partei in der Frage der Krisenabgabe bemängeln und seine vollkommen geänderte Haltung irgendwie begründen müsse.

Genosse Taub stellte aber mit allem Nachdruck fest, daß die Beschlüsse der Regierung über gewisse Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft keineswegs erst durch die Valaisrevolution innerhalb der Agrarpartei erzwungen wurden, sondern daß der Ministerrat bereits lange vorher, nämlich schon am 8. Juli, die Richtlinien für diese landwirtschaftlichen Hilfsmassnahmen im Prinzip beschlossen hat. Die Darbietung der Agrarier, daß sie die letzten Beschlüsse des Ministerrates erst durch ihren Terror erzwungen hätten, ist also völlig unrichtig und kann höchstens durch das Bestreben, um jeden Preis daraus Agitationsstoff zu gewinnen, einigermaßen verständlich gemacht, wenn auch nicht entschuldigt werden.

Da nun die Agrarier vollends die Sache so aufzuwickeln, daß die Sozialdemokratie in der Frage des Vieh- und Milchhandels die berechtigten Forderungen der Kleinlandwirte ablehne, erinnert Genosse Taub nochdrücklich daran, daß die Sozialdemokratie für die tatsächlichen Bedürfnisse der Landwirtschaft und vor allem der Kleinlandwirte jederzeit volles

Verständnis gehabt hat; wir wünschten nur, daß daselbe Verständnis für die Interessen der Kleinlandwirte immer auch von Seite der agrarischen Parteien angedeutet worden wäre!

Die Änderungen.

die an der Regierungsvorlage vorgenommen werden, sind zum großen Teil bereits bekannt. Die Nationaldemokraten erhoben schon keinen Einspruch mehr, daß die Abgabe mit 16,7 Prozent des Beitrags für die Altersversicherung bemessen werde (früher wollten sie nur 15 Prozent zugestehen); von den Angestelltengehältern und von den Löhnen der Bergarbeiter beträgt die Abgabe 0,75 Prozent. Das Gesetz wird bis 31. Dezember 1933 befristet, während die Vorlage den 30. Juni 1934 vorsah. Die Krankenkassen sollen als Ersatz für die Spesen, die ihnen durch die Vorschreibung der Abgabe usw. erwachsen, mit einem Pauschalbetrag von sechs Millionen entschädigt werden, während die Agrarier nur auf höchstens fünf Millionen gehen wollten.

Hinsichtlich der Spar- und Kontrollkommission hatte sich die Koalition in den Mittagsstunden überraschend schnell und einmütig auf eine ganze Reihe von Verbesserungen geeinigt, die der Kommission einen größeren Einfluß und eine entsprechende Initiative sichern sollten.

So sollte die Kommission durch die Uebernahme der Geschäftsordnung des Parlamentes alle Rechte eines Parliamentsauschusses erhalten, in jeder Session mindestens zweimal, also viermal jährlich, einberufen werden und auf 24 Mitglieder wie der Ständige Ausschuss erweitert werden, wobei für die Wahl ausdrücklich der Proporz vorgeschrieben wurde; hinsichtlich der Staatslieferungen hätte die Kommission für die Vergabung direkt Richtlinien ausarbeiten sollen. Ferner war geplant, den Posten der Kommissoren mit den Beamten eine Regierungsverordnung regeln zu lassen, über Haupt zu streichen und für den Ausschluß aus der Kommission lediglich den Bruch der Vertraulichkeit, aber keine „sonstigen ernstlichen Gründe“ gelten zu lassen. Die Vertraulichkeit sollte nur durch ausdrücklichen Beschluß der Kommission herbeigeführt werden können. Ferner sollte die Kommission mit der Vollmacht ausgestattet werden, sich bei Revisionen der Mitwirkung des Obersten Rechnungskontrollamtes zu versichern, und dieses verpflichtet werden, über vorgenommenen oder im Zuge befindliche Revisionen der Kommission zu berichten und die betreffenden Akten zur Einsicht vorzulegen.

Während der Abstimmung, die schon bis zum 4. gediehen war, erfolgte eine telephonische Intervention des Ministerpräsidenten bei dem Ausschussreferenten und dem Vorsitzenden Minister. Udrásl erklärte, daß die Regierung großes Gewicht darauf lege, daß an den Ausschussverhandlungen ein Vertreter der Regierung teilnehme. Da der zuständige Finanzminister erkrankt sei, komme nur der Innenminister als Vertreter in Betracht. Da Slavik augenblicklich nicht zur Stelle war, wurde die Sitzung des Ausschusses nach längeren Verhandlungen tatsächlich bis morgen früh halb zehn Uhr vertagt.

Der Kampf um die Abrüstungsresolution.

Genf, 20. Juli. Der Vorschlag Beness für die Vertragsschließung, der in der gestrigen Sitzung von den Vertretern der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Englands und Italiens endgültig hergestellt worden ist und der in den späten Nachstunden sämtlichen Abordnungen übermittelt wurde, stellt im großen eine militärpolitische Vereinbarung zwischen den vier Hauptmächten dar. Aus der Entschließung geht hervor, daß die Vereinigten Staaten und England größere Zugeständnisse an Frankreich auf dem Gebiet der Landabrüstung gemacht haben, während Frankreich den großen Seemächten zunächst freie Hand für die endgültige Regelung der Flottenfrage läßt.

Der Vorschlag Beness gliedert sich in fünf Teile. Der erste enthält die übliche Völkerbundsphraseologie und begrüßt den Abrüstungsvorschlag des Präsidenten Hoover. Der zweite Teil enthält eine Zusammenfassung der in der ersten Phase der Abrüstungskonferenz erreichten praktischen Ergebnisse. Der dritte Teil behandelt die Vorbereitung der künftigen zweiten Phase der Abrüstungskonferenz; während der Unterbrechung der Konferenz soll das Präsidium die Verhandlungen besonders über die Durchführung des Hoover-Vorschlags für die Herabsetzung der Truppenbestände weiter fortsetzen und die Möglichkeit der Herabsetzung des Veresausgaben prüfen. Der Haushaltsausschuss der Konferenz soll seine Arbeiten weiter fortsetzen. Ein Sonderausschuss für die Regelung der privaten Waffenherstellungen wird vorgeschlagen. Auf dem Gebiet der Flottenrüstungen sollen die Unterzeichnerstaaten des Londoner und des Washingtoner Abkommens a Verhandlungen einleiten und dem Hauptauschuss bei Wiederaufnahme der Arbeiten Bericht erstatten. Die übrigen Seemächte werden aufgefordert, in der Zwischenzeit ihre Stellungnahme bekanntzugeben. Die Einberufung der Abrüstungskonferenz zu der zweiten Phase wird dem Präsidium der Konferenz überlassen, das Mitte September zusammentreten und die Konferenz so-

dann binnen vier Monaten einberufen soll. Der vierte Teil enthält die sogenannten „Übergangsbestimmungen“, worin als einziges Entgegenkommen gegenüber dem deutschen Standpunkt erklärt wird, daß die gegenwärtige Vertragsschließung weitgehenden Abrüstungsmaßnahmen oder politischen Vorschlägen einzelner Abordnungen nicht vorgreife. Im 5. Teil wird eine Verlängerung des am 29. September ds. J. ablaufenden Rüstungsfeierjahres auf 4 Monate vorgeschlagen.

Die militärischen Verteidigungskräfte Deutschlands

im Urteil der Völkerbund-Kommission.

Genf, 20. Juli. (Savas.) Die Kommission für nationale Verteidigung des Völkerbundes studierte gestern die militärischen Verteidigungskräfte Deutschlands. Der Eindruck ist der, daß die Finanzverwaltung der deutschen Wehrmacht weniger kontrolliert wird, als in den übrigen Referats. Was die Ausgaben für die Militärformationen und Polizei betrifft, welche in das deutsche Militärbudget nicht einbezogen sind, wird es notwendig erscheinen, diese Angelegenheit nachträglich durchzustudieren, bis sich die Konferenz auf eine Definition der organisierten Militärformationen einigt. Interessant ist, daß die Ausgaben für die in den Kasernen unterhaltenen Polizei ungefähr 200 Millionen Mark betragen, während die Ausgaben für sämtliche militärisch organisierten Formationen, inbegriffen die Polizei, sich auf 800 Millionen belaufen, also um 50 Millionen mehr betragen, als das Reichswehrbudget. Die Gesamtausgaben für diese Formationen und die Reichswehr betragen nach dem deutschen Budget rund 9 Milliarden 300 Millionen, während im französischen Budget für die Armee nur 9 Milliarden ausgeworfen sind. Aus den Arbeitsergebnissen dieser Kommission ergibt sich, daß die technische Lösung der Rüstungsbeschränkung durch ein internationales Abkommen praktisch möglich ist.

Naziterror auch gegen Landbündler.

Au Habstein im Bezirke Böhmisches Leipa kam es, nach einer Mitteilung der „Deutschen Landpost“, am Sonntag, den 17. Juli, zu einer politischen Auseinandersetzung zwischen dem Nationalsozialisten Duce und dem früheren Bürgermeister Bruche. Die Auseinandersetzung spielte sich in einem Gasthaus ab. Als sich Bruche auf den Anstandsori begab, lauerie ihm Duce auf, schloß den abnungslosen Bruche am Kopf und schleuderte ihn in den Keller, in dem er ziemlich schwer verletzt liegen blieb.

Die Bemerkung der „Deutschen Landpost“, daß die Verrohung, die allenthalben bei unseren Nationalsozialisten zu bemerken ist, ein für eine deutsche Partei beschämendes Zeichen sei, müssen wir doch wohl durch die Feststellung ergänzen, daß sich die Landbündler in der letzten Zeit bemühen, es den Nazis gleichzutun: die landbündlerische Bewegung, die man nicht anders bezeichnen kann denn als grüne Kaffeebohnenbewegung, über-

trägt die Methoden der Nazis auf das flache Land und stellt sie unter die Führung derelkten Landbündler, die jetzt auch und weh schreien.

Es ist unglaublich von ihrem Ungehörigkeit, auf den die Tat des Nationalsozialisten Duce gegründet ist. Die Landbündler haben die Methoden des Terrors seit er und je angewandt und brauchen sich darum nicht zu wundern, daß ihre Erziehungsarbeit auf dem Lande nun solche Früchte trägt.

„Mit verlogenen Gegnern gehen wir uns nicht mehr ab“.

Das ist alles, was der „Tag“ zu unserer Feststellung zu sagen weiß, daß sich die Naz vor unserer Abwehr feige bücken.

Wenn jedoch der „Tag“ glaubt, mit dem Aueifen der Nazi sei die ganze Angelegenheit erledigt, so wird er sich stark irren: Unseren jugenden Gegnern werden wir immer auf die Finger sehen und je mehr sie lügen um so gründlicher.

Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brüd.

Als kleines Kind habe ich einmal in einem Anflug von Abscheu und Grausamkeit einem Käser die Beine ausgerissen. Es war entsetzlich. Er lebte noch und versuchte zu kriechen. Ich war nicht mehr instande, ihn vollends zu töten. Die Neue über die Tat, die ich nicht mehr rückgängig machen konnte, freigte sich zur Pein. Mit weit von mir gestrecktem Arm ichlag ich vermittelst eines Stöckchens auf den Käser ein. Er starb nicht. Er zuckte und bewegte sich. Und ich haßte ihn unfinnig, weil ich seine Qual mit anrichten mußte, weil er mir nicht den Gefallen tat, mein ausgewähltes Gewissen durch einen schnellen Tod zu befreien, weil ich im Grunde meines Herzens erschüttert war von der Verpörfung des verflümmelten und mißhandelten Tierleibes, der noch zu kriechen versuchte nachdem man ihn aller Möglichkeit hierzu beraubt.

An diesen mehrlosen Käser muß ich denken, wenn Mahmann mich ansieht voll feindlichen Unbehagens, aus dem, allzu deutlich die Abwehr des gefolterten Bewusstseins spricht.

Ich brauche nur in den Spiegel zu sehen, um die Festigkeit des Vorwurfs zu ermessen, die mein Anblick ihm vermittelt. Im Spiegel erkenne auch ich, wie wenig mir selbst noch befehlen ist an Willen und Fähigkeit, mich zu behaupten.

Seit einigen Tagen fühle ich mich nicht nur elend, nicht nur zerrieben und bis zur Erschöpfung entnervt, ich merke, daß ich regelrecht krank werde.

Die Kopfschmerzen heftiger Ueberlastung, die ich schon lange habe, wandeln sich zu einem wilden Brennen hinter den Augäpfeln. Hals-schmerzen gesellen sich dazu. Mir ist zum Zer-

springen heiß, dennoch überschauert mich Frösteln.

Wohlg stehe ich zwischen Maschinengeläpp und Stimmengelöse, das fern herüberbrandet aus einer Wirklichkeit, der mich die Betäubung des steigenden Fiebers entführt, lieber Gott, laß mich durchhalten bis zum fünfzehnten Feber, aber der Wunsch hat nicht mehr die Kraft der Beherrschung. Am zweiten April wird Mahmann sich nach Chile einschiffen. Wird mir am fünfzehnten Feber zum ersten April nicht gelündigt, so bin ich gerettet. Wir schreiben den sechsundzwanzigsten Jänner.

Die Fenstervorhänge sind zugezogen. Wie gut dieses sanfte Halb Dunkel tut!

Im Hause ist es still um diese Zeit. Ich habe das Gefühl, als wäre diese Stille ein süßes Kissen, in das man meinen heißen Kopf wohlhätig gebettet hat.

Frau Krupke hantiert in der Küche. Ab und zu klappert ein Geschirr. Es streichelt mich, einen Menschen so nah und doch fern genug zu wissen. Tief drünten rumoren die Geräusche der Straße. Ich habe ein Pulver genommen. Die Schmerzen sind verschwunden, selbst die des Halses, in dem ja das Nebel sitzt.

Wohlig gebettet in Müdigkeit, Schwere und Unnützlich des Fiebers liege ich und dämmere. Ich schlafe viel, esse nichts, denke nichts. Alle Sorgen sind verflüchtigt. Die Schwerkraft der Erde ist aufgehoben, solange tödliche Nebel mich mit leisem Gebrause umkreisen.

Ein alter wortfarger Doktor kommt ab und zu, prüft meinen Puls, steht mir in den Hals, zuweisen auch spöhend ins Gesicht, wenn ich mich zurückzucken lasse in die Umschmeichelung der Kissen.

Daran, daß ich immer häufiger an Mahmann denken muß, seine entsetzlich hellen, starren, beleidigt erstaunten Augen, erkenne ich, daß

ich mich der Rüste des Wirklichen wieder nähere. Ich bin sogar im Besitz eines mit Maschine geschriebenen Briefes, in dem er mir im Stille einer Eingabe an das Arbeitsministerium gute Besserung wünscht und mich ermahnt, meine volle Gesundheit abzuwarten, ehe ich mich wieder an die Arbeit wage.

Ich bewundere die Gemandtheit, die selbst mit diesen wohlmeinenden Worten eine leise Andachtsamkeit verflechten konnte.

In den letzten Tagen meine ich viel. Ich weiß, daß mir ja alles nichts helfen wird und ich zum Schluß doch unterliegen werde.

Noch nicht ganz fieberfrei, leicht wankend im freitenden Nebel der Schwäche, sehe ich wieder hinter meiner Maschine.

„Nun, Fräulein Bräuer?“ sagt Mahmann, als er kommt, und geht weiter. Er hat nicht einmal seinen Schritt verlangsam.

Selbst Fräulein Sulzich blüht ihm entsetzt nach. Gemisch bedenkst auch sie, mit welchem Ueber-schwang er stets seine Belorgnis bekundete, wenn sie sich nicht wohl fühlte.

Er klingelt mich zum Diktat.

Das Tuch um den Hals wird mir zu eng, als ich sein Zimmer betrete. Im Nu tritt mir die Schwäche aus allen Poren. Mein Haar steht durchnäßt an der Stirn. Kaum kann ich den Bleistift führen. Es fällt mir unlagbar schwer, dem Diktat zu folgen. Jeden zweiten Tag muß Mahmann wiederholen. Ein graugrüner Schleier fällt.

Als ich dann aufhören muß und mich in meiner Ohnmacht mit einem letzten angstvollen Blick an ihn klammere, ist das Gleichnis von jenem Käser bis ins Ungeheure gesteigert.

In Wein und Abwehr der Neue saßt er von seinem Platz her mit ausgestrecktem Arm zu mir herüber.

Groß wie sein entsetztes Mitleid ist sein Haß, daß es immer noch nicht genug ist, daß

ich immer noch weiter seine Qualereien ertragen will.

Dies ist am neunten Feber gewesen.

Der zehnte ist ereignislos.

Wir haben alle Hände voll zu tun. Noch ehe Mahmann austreibt, soll über die Neubewerbungen entschieden werden.

Ich habe annähernd hundertzwanzig Exzerpte anzufertigen, Auszüge aus den Bewerbungsakten, die große Aufmerksamkeit erfordern. Die wichtigsten Lebensdaten müssen ausgezogen werden unter genauer Beobachtung derjenigen Gesichtspunkte, die für die Beurteilung des Bewerbers wesentlich sind. Studentendauer, Umfang und Charakter der Werkstudententätigkeit müssen errechnet, erläutert werden. Eine kurze Würdigung der eingereichten Prüfungsarbeiten mocht ihre genaue Durchsicht notwendig. Bei einiger Übung brauche ich immerhin zwanzig bis fünf- undzwanzig Minuten pro Akte. Diese zeitraubende Arbeit, der Fräulein Sulzich in bezug auf Stilewandtheit und Urteilsfähigkeit nicht gewachsen ist, mocht mir viel Freude. Leider geht es mir immer noch nicht gut. Ich muß mich wahrhaftig zusammenreißen, um nicht zu versagen.

Nur mit Mühe halte ich den Sinn der oft komplizierten, von vielen Sachausdrücken durchsetzten Arbeiten zusammen. Noch sechs Stunden spüre ich sehr wohl, daß ich an der Grenze meiner Leistungsfähigkeit angelangt bin. Ich bin eben immer noch krank. Die letzten zwei Stunden quäle ich mich nur noch so dahin. Das Hemd klebt mir am Leibe, so schwäche ich vor Schwäche.

Nichtsdankeweniger fragt Mahmann mich, ob ich für den Abend etwas vorhabe. Es wäre ihm lieb, wenn ich heute ein paar Stunden länger arbeite, wir kämen sonst mit der Arbeit nicht durch.

(Fortsetzung folgt.)

Schafft Arbeitslosenschulen!

Das die Arbeitslosigkeit nicht nur ein rein körperlicher Zustand der Not ist, in der sich der Arbeitslose nicht satt zu essen vermag, ist allgemein bekannt. Das der Arbeitslose auch eine eigene, seinem geistlichen Zustande angepasste geistige Einstellung besitzt, weiß ebenfalls jedermann, der mit der Arbeiterschaft in Verbindung steht. Das diese gegenseitige Einstellung oft von der Solidarität der Betriebsarbeiter wegführt, daß der Arbeitslose oft geistig auf Abwege gerät, daß er sich, wie man sagt, in der Welt nicht mehr auskennt, ist eine vielbeobachtete Tatsache. Damit aber erwacht der Partei eine neue Pflicht, eine Pflicht nicht nur gegen die Arbeitslosen, sondern auch gegen sich selbst. Die Krise wird immer stärker, die Zahl der Arbeitslosen immer größer, die Dauer der Arbeitslosigkeit des einzelnen immer länger. Wer nicht will, daß die Arbeitslosen geistig vereinsamen, wer nicht will, daß sie sich von dem großen Heere des klassenbewußten Proletariats absondern und auch schließlich gar zum Geurre überlaufen, der muß dafür sorgen, daß die Verbundenheit zwischen der Partei und der Masse ihrer arbeitslosen Mitglieder eine stärkere, eine engere werde.

Es gibt Mittel hierfür, das von der Partei — wenigstens in den größeren Orten — leicht aufgebracht und von den Arbeitslosen gerne angenommen wird: Schulen für Arbeitslose. In einer Stadt des Organisationsgebietes der Partei wurde der Versuch unternommen: er war ein voller Erfolg. Aus diesem Versuche heraus seien folgende Vorschläge für die Errichtung von Arbeitslosenschulen gebracht:

Der Arbeitslose will vor allem wissen, warum er seine Hände nicht mehr regen darf, warum er müßig gehen muß. Es wird sich also besonders darum handeln, in der Arbeitslosenschule über die Wirtschaftskrise zu sprechen, aufzuzeigen, warum dieses Elend in die Welt kam und zu beweisen, daß nur der Sozialismus der Krise und damit der Arbeitslosigkeit ein Ende machen kann. Dabei muß offen und gründlich über das Experiment, über den Fünfjahresplan, über „das Land ohne Arbeitslose“ gesprochen werden. Das interessiert den Arbeitslosen, das fesselt ihn, das gibt ihm neue Hoffnung.

Aber mit diesem Wissen darf es nicht genug sein. Darüber hinaus muß den Arbeitslosen jener gesamte Wissensstoff zugeführt werden, der in Parteischulen üblich ist: Gesellschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Staatslehre. Wenn daneben auch die Naturwissenschaften behandelt werden können, so wird das nur von Vorteil sein. Dagegen mögen keine sogenannten „praktischen“ Lehrstoffe, als da sind fremde Sprachen, Rechtschreibung, Stenographie, Handarbeiten für Frauen usw. gelehrt werden. Das ist die Aufgabe der staatlichen Arbeitslosenschulen, die ja in nächster Zeit verwirklicht werden sollen.

Eine wichtige Frage ist die des Lehrers. Die Arbeitslosenschule soll im Laufe des Tages stattfinden, womöglich zweimal wöchentlich am Nachmittag. Eine suchtbare Gefahr der Arbeitslosigkeit ist die Langeweile. Den Abend können die Arbeitslosen eher mit Kollegen und Genossen verbringen: der Tag ist endlos. Daraus ergibt sich, daß als Leiter einer solchen Schule nur ein Genosse in Frage kommt, der tagüber Zeit hat. Also am besten ein Arbeitsloser selbst. Findet sich kein genügend geschulter Arbeitsloser Genosse, so muß eben ein anderer die Arbeit übernehmen. Aber die Hauptbedingung ist, daß der Lehrer und Leiter sich in die seelische Verfassung seiner Schüler einzufühlen vermag, daß er gleichsam ihr Elend miterlebt. Darum müßt ein noch so gut geschulter und gebildeter Genosse

nichts, wenn er diese Eigenschaften nicht hat. Der Lehrer muß Seelenarzt sein, denn Arbeitslose sind an der Gesellschaft Erkrankte.

Nicht überall wird sich so ein Mann finden. Deswegen darf aber der Gedanke der Arbeitslosenschule nicht aufgegeben werden. Statt der Schule selbst können Leseschulen am Nachmittag veranstaltet werden. Debattestunden und ähnliche Dinge. In einem Nachmittag kann man Otto Bauers Buch: „Rationalisierung und Zentralisierung“ lesen, den anderen Nachmittag die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Zeitungsnachrichten diskutieren.

Wo aber der geeignete Lehrer da ist, darf er sich nicht darauf beschränken, lediglich zwei Vorträge wöchentlich abzuhalten. Er darf vorerst überhaupt keine Vorträge halten, sondern muß nach dem Prinzip des Arbeitsunterrichtes vorgehen, wonach sich die Schüler den Wissensstoff selbst erarbeiten müssen. Er muß den Arbeitslosen Aufgaben stellen, die sie zu Hause anfertigen. Er muß sich aber auch in ihr persönliches Schicksal einzufügen verstehen und das werden, was die höchste Aufgabe des Lehrers sein soll: Freund und Berater.

Was den finanziellen Aufwand anlangt, so ist er sehr gering. Man wird den Arbeitslosen wohl Bleistift und Papier zur Verfügung stellen müssen. Wo es geht, werden ihnen auch die Lehrbücher in Form von Büchern und Broschüren zugänglich gemacht werden können. Ist das aber nicht möglich, so findet sich doch irgendwo eine Schreibmaschine, die nicht den ganzen Tag über gebraucht wird. Schreibkundige

Arbeitslose werden sich ein Vergnügen daraus machen, für sich und ihre arbeitslosen Kollegen Abschriften aus den Büchern herzustellen.

In der Stadt, in der die erste Schule dieser Art stattfand, zeigten sich bedeutungsvolle Erscheinungen. Obwohl die Aufforderung zu dem Besuche der Schule an alle Arbeitslosen ausging, meldete sich kein Alter. Dafür aber kam die männliche und die weibliche Jugend in großer Zahl. Es kamen nicht nur Parteimitglieder, sondern auch Unorganisierte, da sich auf den Stempelstellen das Gerücht über die Schule rasch verbreitete. So gelang es, eine ganze Reihe dieser jungen Menschen zu organisieren, sie zu klassenbewußten Proletariern zu erziehen. Gleichzeitig mit dieser Arbeitslosenschule fand in den Abendstunden eine Parteischule statt, die dieselben Themen, vorgetragen von demselben Lehrer, behandelte. Während bei Anbruch des Sommers die Parteischule wegen ungenügender Frequenz auf den Herbst verlagert werden mußte, gingen und gehen die Arbeitslosen trotz drückender Schwüle und lachender Sonne von ihrer Schule nicht ab. Ein Zeichen dafür, daß diese Schule ein dringendes Bedürfnis für diese Menschen, daß sie bei vielen der einzige Halt in ihrem traurigen Leben ist.

Die Schulen für Arbeitslose sind ein Bedürfnis für alle Organisationen. Darum sollte in keinem Gebiete mit ihrer Errichtung gezögert werden. Das ist praktische Hilfe in seelischer Bedrängnis; das ist Arbeit für die Partei. Darum nochmals: Schafft Arbeitslosenschulen!

M. A. P.

Neuer japanisch-chinesischer Konflikt? Japanische Bomben auf eine chinesische Stadt.

Peking, 20. Juli. (Reuter.) Die Ereignisse, die sich unweit der mandchurischen Grenze abspielten, drohen einen neuen japanisch-japanischen Konflikt herbeizuführen. Wie es heißt, planen die Japaner in den Distrikt Jehol, etwa hundert Meilen nordwestlich von Peking, etwa hundert Meilen von der Grenze der Provinz Jehol kam es zu Zusammenstößen zwischen Japanern und irregulären Abteilungen.

London, 20. Juli. „Times“ zufolge ist es in der Provinz Jehol (Mandschurei) zu Kämpfen zwischen Chinesen und Japanern gekommen. Nach japanischen Berichten war ein japanischer Beamter, der Verhandlungen mit dem Gouverneur der Provinz über den Opiumhandel anscheinend im Zusammenhange mit dem von der neuen mandchurischen Regierung geplanten Opiummonopol führte, von den Chinesen gefangen genommen. Deshalb wurden japanische Truppenabteilungen an Ort und Stelle geschickt.

Von chinesischer Seite wird gemeldet, daß japanische Flugzeuge die Stadt Tschahong nordwestlich von Tschintschau, mit Bomben beschossen hätten.

Plötzliche Umbildung des italienischen Kabinetts.

Grandi und noch vier Minister zur Demission gezwungen. Der neue Außenminister: der Duce selbst.

Rom, 20. Juli. (Stefani.) Der König hat die Demission des Außenministers Grandi, des Finanzministers Mosconi, des Justizministers Rocca, des Ministers für Schulwesen Giuliani und des Korporationsministers Rottai angenommen. Zum Minister für auswärtige Angelegenheiten und Korporationen ernannte der König den Ministerpräsidenten Mussolini, zum Justizminister den Abgeordneten Prof. De Francisci, zum Finanzminister Abg. Guido Young und zum Minister für Schulwesen Prof. Ercole, Rektor der Universität in Palermo.

Den Abänderungen in der Besetzung der Ministerposten wurden auch mehrere Änderungen bei den Unterstaatssekretären hinzugefügt.

deren Leiter Grandi und Mosconi eben in Lausanne bei der Konferenz eine hervorragende Rolle gespielt haben.

Ueber die abtretenden Minister Grandi und Rottai verlautet, daß ihnen wichtige Botschafterposten im Ausland übertragen werden.

Ueberraschung in der italienischen Öffentlichkeit.

Rom, 20. Juli. Die Veränderungen in der Zusammenfassung der Regierung, die der breiten Öffentlichkeit erst um 12 Uhr Mittag bekannt wurden, sind in bezug auf den Zeitpunkt wie auch in bezug auf die Persönlichkeiten eine Ueberraschung. Eine Veränderung in der Regierung war wohl bereits zu Weihnachten geplant, doch war aus unbekanntem Gründen davon Abstand genommen worden. Man sprach damals vor allem über einen Wechsel im Ministerium für Öffentliche Arbeiten und im Landwirtschaftsministerium sowie von der Zusammenlegung der drei Militärministerien. Umso größere Ueberraschung erregte daher der Wechsel im Außenministerium und im Finanzministerium.

Ursache: der Ausgang der Lausanner Konferenz.

Neuorientierung der Politik, der sich Grandi widersetzte?

Basel, 20. Juli. (Wolff.) In Kreisen führender Finanzleute, die mit Italien rege Beziehungen unterhalten, verlautet auf Grund von Meldungen, welche aus Mailand eingetroffen sind, daß die Umbildung des italienischen Kabinetts zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß ein Teil des Ministeriums und speziell Mussolini mit dem Ausgang der Lausanner Konferenz nicht besonders zufrieden waren. Italien habe in Lausanne einer Streichung der Reparationen zugestimmt, ja sei entschieden dafür eingetreten, ohne jedoch eine Streichung der eigenen Schulden erhalten zu können. Weiter hätten die Verhandlungen in Lausanne eine gewisse Neuorientierung der italienischen Politik notwendig erscheinen lassen. Verschiedene Minister, so Mosconi, sollten sich zusammen mit Grandi einer solchen Neuorientierung widersetzt haben, was dann dazu führte, daß ihnen die Demission nahegelegt wurde. Dies sei übrigens schon vor einigen Tagen geschehen.

Die Streibewegung in Belgien.

Brüssel, 20. Juli. (Eigenbericht.) Während in der Eisen- und Metallindustrie die Arbeit bereits wieder aufgenommen wurde, dauert der Kampf in zwei wichtigen Kohlenrevieren noch fort. Im Revier von Charleroi ist der Streik auch in den Kohlenruben beendet, aber im Revier des Zentrums hat eine Delegiertenversammlung der Bergarbeiter neue Forderungen aufgestellt. Sie verlangt eine Erhöhung aller Löhne, die 40 Franken (etwa 31 Kronen) im Tage nicht überschreiten, und zwar 10 Prozent Erhöhung bei Löhnen bis zu 25 Franken, 7,5 Prozent bei Löhnen von 25 bis 30 Franken und 5 Prozent Erhöhung bei Löhnen von 30 bis 40 Franken im Tage.

Die Abstimmung der Bergleute im Revier des Borinage, deren Ergebnisse in der Delegiertenversammlung von Borlu bekanntgegeben wurde, ergab ebenfalls eine gewaltige Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks um die gleichen Forderungen, die die Bergarbeiter des Zentrums-Reviers aufgestellt haben. 127 Delegierte hatten Auftrag, für die Fortsetzung des Streiks zu stimmen, nur 17 stimmten für die Wiederaufnahme der Arbeit. Unter diesen Umständen hat die Leitung des Bergarbeiterverbandes neuerdings die Einberufung der Paritätischen Kohlenkommission beantragt, um zur Lage Stellung zu nehmen.

Was alles die österreichischen Nazis fordern

Wien, 20. Juli. Die Landesleitung der nationalsozialistischen Partei (Hitlerbewegung) veröffentlicht einen Aufruf, in welchem der Heimatschutz aufgefodert wird, den Lausanner Vertrag abzulehnen. Ferner wird der Rücktritt der Regierung, Auflösung des Nationalrates und die Ausschreibung von Neuwahlen gefordert.

Tragikomische Stilblüten. Aus Majestätsgesuchen, die „Seine Majestät“ nicht erreichten.

Zur Zeit, da wir noch die Monarchie und folglich auch einen Kaiser hatten, gab's auch Majestätsgesuche. Wollte irgend einer von den Untertanen eine gnadenweise Begünstigung in einer ihm selbst oder seine Angehörigen betreffenden Angelegenheit vom Kaiser erreichen, so konnte er an diesen ein Bittgesuch, ein sogenanntes „Majestätsgesuch“ richten. Alle Ritter boten darin dem Kaiser um die Befreiung ihres einzigen Sohnes von der Militärpflicht, oder um eine Geldunterstützung, Juvvalide, die sich keinen anderen Rat mehr wußten, baten um Hilfe. Das „Majestätsgesuch“, das sie an den Kaiser richteten, war ihre letzte Hoffnung.

Aber die diese Bittgesuche den Kaiser erreichten, wurden sie in dessen „Allerhöchsten Kabinettskanzlei“ sorgsam gesiebt. Viele dieser Gesuche wurden ausgehoben und kamen in den Papierkorb und gerieten von dort in die Hände der Hofbediensteten, die die Aufräumungsarbeiten zu beorgen hatten. Und da so manches dieser Majestätsgesuche von Leuten abgefaßt worden waren, die im schriftlichen Gebanlenausdruck mehr oder minder unbeholfen gewesen sind, enthielten sie manche stilistische Wendung von geradezu humoristischer Art, von denen einige nachstehend nach den Aufzeichnungen eines ehemaligen Hofbediensteten wiedergegeben seien:

Ich bin in tiefster Ehrfurcht geboren im Jahre 1530 und erscheine mit tiefster Guld vor Eurer Majestät.

Ich habe 6 Kinder, das älteste ist 19 Jahre alt, die andern sind alle jüngere; mein zweiter Sohn ist erst 12 Jahre alt und vermag daher noch nicht auf eigenen Füßen zu stehen.

Run bin ich ein achtzigjähriger Greis, unfähig zu arbeiten und überschüttet mit einer Anzahl Verwandten.

Ich habe vom Jahre 1902 bis zum Jahre 1905 meine Militärdienstpflicht abgedüßt.

Ich genieße meinen Lebensunterhalt durch Gatten von Kostnaben, wobei ich mitleiden kann, was ich aber infolge Alterschwäche nicht mehr lange werde tun können.

Ich habe schon eine Anzahl Bittgesuche eingereicht und lebe schon viele Jahre von der Hoffnung, aber ich kann diesen traurigen Zustand nicht mehr lange ertragen.

Ich habe meinen Sohn und Ernährer der Todesqual übergeben und ich bin zu einer grauenhaften Ruine geworden.

Man hat mich als 22-jährigen Diener unwürdig behandelt und mich meiner Manneswürde entböhrt. Meine Lebensstage sind gezählt, ich habe keine Mittel dem nahen Tode fröhlich entgegenzukommen.

Die Frau eines Feldwebels schreibt: Mein Gatte ist blödsinnig und ebenfalls beim Militär.

Ich bin mit meiner täglichen Notdurft hauptsächlich an die Müßiggangigkeit der Menschen angewiesen.

Drei Söhne habe ich aufgezogen mit dem mir von Eurer Majestät gnädigst verliehenen Zehlfuß.

Mein Sohn hat mich und meine morphe Gattin durch seinen Tod den Beerdigungskosten ausgekostet, wofür ich ein Tapferkeitsmedaillon erhielt.

Gestügt auf das edle Herz Eurer Majestät wankte ich zum Throne.

Ich bin verheiratet, habe 4 Kinder und lebe von einem kleinen Unfall von 37 Kronen.

Während meiner Militärdienstzeit war ich meistens am Kriegsfuß; bei Zolferino wurde mir meine Peise im Brosfad erschossen.

Mein Mann litt an einem Magenkrebs, der mit der Zeit unser kleines Vermögen aufzehrete.

Majestät ich bitte um diese Medaille nur deshalb, damit ich den Kopf Eurer Majestät an meiner linken Brust tragen kann.

Der gehorsamst Gesertigte kam 1859 verwundet nach Layenburg, wo ihm seine Hoheit I. Landesmutter, Kaiserin Elisabeth mit einer hochedlen Salbe in 14 Tagen geheilt hat.

Herzerschütternde Gefühle durchzittern meinen Soldatenbusen, wenn ich die Geföhren des Vaterlandes sehe und nicht mehr meinen Teil dazu beitragen kann.

Mein Mann hat jeden Tag länger gemacht und das Häusliche nur in der Nacht, jetzt ist das Häußl zum Einfallen, wer soll da was machen?

Die bewilligte Pension von 6 Kronen reicht nicht aus, um auch die bescheidenste Notdurft des Menschen zu decken, selbst wenn er auf dem Lande wohnt.

Ich blieb auf die Unterstügungen meiner Kinder angewiesen, die aber bis heute ausgeblieben sind und war nicht imstande mein Altertum angemessen zu versorgen.

Mein Sohn war 1910 bei den Manövern, wodurch er sich durch fortwährende Positionsänderungen den rechten Fuß verstauchte.

Eine Witwe schreibt: Ich erlaube mir von Eurer Majestät jenen Akt zu ersuchen, mit welchem Eurer Majestät gegen die treuanhänglichen Untertanen stets so verschwenderisch waren.

Diese Stilblüten sind zwar wegen ihrer unwillkürlichen Komik, die darin zum Ausdruck kommt, sehr amüsant zu lesen. Aber hinter dieser unwillkürlichen Komik grinst das Elend alter Eltern, deren einziger Sohn zum Militär und die Eltern sich selbst und der Müßiggangigkeit der Menschen überlassen mußte, spricht der Jammer alter Kriegsinvaliden, die für Gott, Kaiser und Vaterland kämpfend ihre Gesundheit und Gliedmaßen eingebüßt haben und deren letzter Hoffnungstrahl das Majestätsgesuch an den Kaiser war, das ihn aber nicht erreichte, sondern im Papierkorb der Allerhöchsten Kabinettskanzlei landete.

Geitrich & Colet, Wien.

Tagesneuigkeiten

Hitler im Hemd.

Der sozialdemokratische Dieb-Verlag (Berlin) hat Hitlers „Geist“ gewissermaßen im Hemd dargestellt: Der Verlag brachte eine kleine Schrift heraus, in der, schmutzlos aneinandergereiht, Zitate aus Hitlers Buch „Mein Kampf“ abgedruckt sind. Der verbindende Text fehlt ziemlich vollständig: man wollte die überwältigende Wirkung des Hitlerschen Wortes nicht beeinträchtigen.

Wer nun aber glaubte, die Nazi würden für eine so umfangreiche und wirkungsvolle Verbreitung des Hitlerschen Treiffniss dankbar sein, der hat sich gründlich geirrt. Denn die Beisetzungen Hitlers nehmen sich gedruckt recht ruppig aus: In einem überfüllten Saal geschmettert, in dem die SA und Musikkapellen für die rechte Stimmung sorgen, wirken sie auf den Durchschnittsdeutschen überzeugend. So er aber nachher, aus der Massenpsychologie herausgehoben, die Offenbarungen des „Führers“ mit einiger Aufmerksamkeit liest, merkt er, daß sie nichts anderes sind als Plattfetzen.

Hitler hat die Verbreitung der Broschüre auf gerichtlichem Wege unterbunden. Nicht etwa, wie die Naziblätter darstellen, mit der Begründung, daß die Broschüre Unrichtigkeiten und Entstellungen enthalte, sondern wegen — unerlaubten Nachdruckes.

Es ist nicht bekannt, ob Hitler die Klage eingereicht hat, weil er sich finanziell benachteiligt glaubte: er durfte vielleicht annehmen, daß jeder, der die Broschüre las, nicht mehr die Luft verpürte, nach dem teuren Wälzer des „Führers“ zu greifen. Hitler im Hemd — im braunen natürlich! — wirkt so abschreckend, daß man das Volk hindern muß, den Anblick zu genießen.

Nebenfalls beweist das Vorgehen gegen den Dieb-Verlag nichts anderes, als daß Hitler ein Kasper ist. Oder, wie der „Tag“ einmal sagte, eine eitle Primadonna, die sich zwar vor dem Publikum mächtig zu spreizen versteht, jedoch abgeschwimmt und in der nüchternen Umgebung der Kulisse auch äußerlich nicht überzeugend wirkt, geschweige denn geistig. — Erst vor kurzem hat Hitler in einer Reichstagsrede Rede angedeutet, daß die Nazi für die Inflation sind: man erinnere sich der Stelle, wo er sagt, in einem halben Jahre werde der Kaufkraft Wert keine drei Mark mehr wert sein. Die nationalsozialistischen Blätter haben einen geheimen Auftrag erhalten, diese Stelle der Hitlerschen Rede zu unterdrücken.

In den Hitler-Reden gibt es viele solcher bedenklicher Stellen. Und so ist denn auch die Dieb-Verlag nicht finanziellen Erwägungen zum Opfer gefallen, sondern den Einwendungen der Drahtzieher, an deren Strippe Herr Kasper Hitler tanzt. Im Zirkus darf er sich zeigen und auch da nur in voller Kriegsbemalung.

Hitler im Hemd aber — davor muß dem deutschen Volk grauen und darum mußte die Massenverbreitung der schönsten Hitler-Worte eingestellt werden.

Ein Verkehrsunfall und die gegnerische Presse.

Der moderne Verkehr erfordert tagtäglich Hunderte von Opfern. In Wien allein zählt man monatlich über 400 durch Automobile verunglückte Menschen. In Deutschland tausende und auch in unserem Lande steigt die Zahl der Verkehrsunfälle immer mehr. Man hat sich langsam an diese Tatsache gewöhnt und versucht lediglich durch strengere Verkehrsregeln die Verkehrsunfälle zu vermindern. Geschieht ein Unglück, dann spricht man im besten Falle von einer Schuld oder Nichtschuld des Wagenführers, nie aber von dem im Wagen befindlichen Passagier, der für den Unfall keinerlei Verantwortung trägt. Das war wenigstens bis jetzt so. In den letzten Tagen ist dem Präsidenten der österreichischen Nationalversammlung auf einer Dienstreise in Steiermark das Unglück zugestoßen, daß der Wagen in dem er sich zufällig befand, ein Kind überfuhr. Die Presse hat das nicht nur registriert, sondern sie hat mit breitem Behagen darauf hingewiesen, daß das Automobil, in dem sich Dr. Renner befand, ein Kind zu Tode gefahren hat und hat an diese Meldung in nicht zu verkennender Weise die Mär geknüpft, daß sich sofort die Wut der Bevölkerung gegen Dr. Renner gerichtet hätte.

Wir erinnern uns bei dieser Meldung daran, daß vor ganz kurzer Zeit eine Gerichtsverhandlung in Wien stattfand, bei welcher der Chauffeur eines österreichischen Ministers Angeklagter war, der mit einem zweiten Automobil zusammengefahren war. In beiden Wagen befanden sich bekannte Persönlichkeiten, aber wir haben nicht gelesen, daß die bürgerliche oder die kommunistische Presse damals, im Zusammenhang mit dem Unfall, die Namen der Fahrgäste genannt hätte, sondern daß sie immer nur von den Wagenführern sprach. Auch bei anderen Verkehrsunfällen, die man sehr leicht mit bedeutenden Politikern in Verbindung hätte bringen können, geschah das nicht, weil es unfair wäre, Schuldlose mit der Verantwortung eines Unglücks zu belasten. Sozialdemokratischen Führern gegenüber aber läßt man jede journalistische Anständigkeit vermissen. Selbst ein totes Kind erscheint dieser Presse wert, um als Argument im politischen Kampfe benutzt zu werden. Vor dem Kreise ihrer anständigen Leser allerdings wird sie damit auch gerichtet sein.

Der Bonze.

In einer rechtsradikalen Korrespondenz, die von H. D. Poetel herausgegeben wird, begründet ein SA-Mann, der 5 Jahre bei der SA gewesenen ist, warum er ausgetreten ist. Die Begründung ist sehr einfach: er hat Goebbels aus der Nähe gesehen und gehört. Er war von den Reden Goebbels begeistert und mitgerissen — bis er eines Tages entdeckte, was dahinter steckt. Er beschreibt das folgendermaßen:

„Es war nach einer Sportplatzversammlung. Wir standen draußen angetreten mit leuchtenden Augen. Dr. Goebbels ging zu seinem Auto. Und gerade als er bei mir vorbeikam, sagte er spöttisch: „Es ist doch immer das Gleiche. Vegetation besteht zu 90 Prozent aus Transpiration und zu 10 Prozent aus Inspiration.“ Wie ein Schlag ins Gesicht war diese Bemerkung für mich. In diesem Augenblick fiel mir eine andere Aeußerung unseres Führers Dr. Goebbels ein. Es sollte einmal in einer Versammlung für den Opfertag gesammelt werden, und da hatte Dr. Goebbels den Sammlern eingeschärft, sich zu einer bestimmten Zeit bereitzuhalten. Das Zeichen für den günstigsten Augenblick der Sammlung während seiner Rede sei die ausführliche Darstellung vom Sterben eines SA-Mannes. Dann seien die Herzen am gerührtesten und der Ertrag der Sammlung am besten garantiert. Ich hatte damals gar nicht darauf geachtet. Jetzt aber wurde mir klar, daß hier damals so wie heute, kalt rechnender Zynismus mit unserer Gläubigkeit von irreführenden Massen, die witzeln, wo andere ergriffen sind, ist mit einem anderen Wort viel besser bezeichnet: Es ist gewissenlose Bonzengesinnung.“

Dieser Mann hat seinen Führer Goebbels durchschaut, als er ihn aus der Nähe gesehen hat. Er schreibt Goebbels kalt rechnenden Zynismus zu. Aber diese Art, die sich lustig macht über die Gläubigkeit von irreführenden Massen, die witzeln, wo andere ergriffen sind, ist mit einem anderen Wort viel besser bezeichnet: Es ist gewissenlose Bonzengesinnung. Das Schimpfwort, das die Nationalsozialisten den Führern der Arbeiterbewegung zuschreiben, ist hier am richtigen Platz. Dieser SA-Mann hat in Goebbels den wahren Bonzen erkannt und hat sich deshalb schauernd abgewandt.

Cholera-Epidemie in China.

200 Tote, 2000 Kranke.

Washington, 20. Juli. Dem Staatsministerium sind Nachrichten über eine Cholera-Epidemie in China zugegangen, nach denen in den Städten Tientsin, Nanjing und Schanghai allein bisher 2000 Personen erkrankt sein sollen, darunter 250 Ausländer. 200 Kranke sollen gestorben sein.

Das Elend der Wiener Gewerbe.

Zahl der Lehrlinge um die Hälfte gesunken!

Wien, 20. Juli. Der letzte Bericht der Wiener Fortbildungsschulen gibt ein erschütterndes Bild vom Niedergang der Wiener Gewerbe. Während die Fortbildungsschulen im Jahre 1923 noch 39.375 Schüler (Lehrlinge) zählten, gibt es jetzt nur mehr 19.456 Fortbildungsschüler. Bei den Kammer- und Tischmachern, die im Jahre 1923 noch 54 Lehrlinge zählten, ist die Zahl der Lehrlinge jetzt auf drei zurückgegangen, bei den Riemern und Sattlern von 272 auf 65, bei den Wagenern von 154 auf 41, bei den Mechanikern von 2977 auf 1899, bei den Schuhmachern von 2640 auf 441 usw. Bekanntlich bilden die Lehrlinge aus Böhmen und Mähren vor dem Kriege die Majorität an den Wiener Fortbildungsschulen. Dieser Zustrom hat jedoch nach dem Kriege fast ganz aufgehört.

Zehn Todesopfer einer Flugzeugkatastrophe.

Paris, 20. Juli. Wie aus Valparaiso gemeldet wird, ist das Flugzeug „San José“, das Samstag bei einem Flug von Santiago nach Buenos Aires verschollen ist, nunmehr in der Nähe eines abgelegenen Gehöftes in den Anden unter dem Schnee vergraben wieder aufgefunden worden. Der Apparat war vollständig zertrümmert. Die zehn Insassen haben sämtlich den Tod gefunden.

Die neuen Vorschriften für Motorfahrzeuge.

die zum Teil am 18. Juli, auf Grund der Regierungsverordnung vom 30. Juni 1932, in Kraft getreten sind, bringen auch eine Reihe von Neuerungen, die nicht nur für die Besitzer und Führer von Motorfahrzeugen, sondern auch für die übrige Bevölkerung wissenswert sind. Die erlaubte Geschwindigkeit der Kraftfahrzeuge ist innerhalb und auch außerhalb geschlossener Ortschaften stark herabgesetzt worden, und die Führer dürfen nur eine Tourenzahl in Anwendung bringen, die ihnen in jeder Situation die Möglichkeit gibt, die Herrschaft über das Gefährt zu erlangen. Mit erhöhter Vorsicht, d. h. ganz langsam, wenn nötig mit abgestelltem Motor, müssen Straßenkreuzungen, scharfe Kurven, Eisenbahnübergänge sowie Ein- und Ausfahrten bei Häusern durchfahren werden. Ebenso muß in der Nähe von Schulen und stark frequentierten Plätzen, bei der Sichtung von Vieh oder Gefährten, als auch bei Nebel, die Fahrtgeschwindigkeit vermindert werden. Bei regnerischem Wetter darf nur jene Geschwindigkeit in

Anwendung gebracht werden, die das Aufwerfen von Kot unmöglich macht, eine Bestimmung, die von größter Bedeutung für die Passanten, besonders während der Winterzeit und in den Perioden des Regenwetters ist. Eine andere wichtige Bestimmung verbietet dem Wagenlenker das Rauchen und den Genuß von Alkohol. Raucher und angeberner Wagenführer werden in Zukunft nicht mehr möglich sein.

Ueber die Beleuchtung und das Abblenden wurden in der neuen Verordnung außerordentlich wichtige Bestimmungen festgelegt, die dem Wagenführer zur Pflicht machen, in geschlossenen Ortschaften, die genügend beleuchtet sind, beim Herannahen eines anderen Verkehrsmittels oder von Tieren, oder eines Eisenbahnzuges, abzublenden. Dagegen haben Fußgänger auf offener Straße kein Recht zu verlangen, daß der Kraftwagen abgeblendet wird.

Die Personenbeförderung mit Lastauto wird durch die Regierungsverordnung gänzlich unmöglich gemacht, insoweit sie nicht durch eine besondere Bestimmung berührt wird. Nach dieser Bestimmung kann die Personenbeförderung mit dem Lastauto nur bei Katastrophen und Unfällen, sowie für die Beförderung des Militärs und der Sicherheitsorgane und außerdem mit besonderer Bewilligung durch die Bezirks- bzw. Polizeibehörde, zum Transport von Arbeitern an ihre Arbeitsstellen vor sich gehen. Schließlich ist für die Bevölkerung noch wichtig zu wissen, daß in Zukunft nur soviel Personen in einem Auto Platz nehmen dürfen, als Sitze vorhanden sind. Das Ueberladen der Personautos ist somit verboten. Auf einem zweirädrigen Motorrad dürfen nur zwei Personen, davon darf die zweite nicht unter zehn Jahren sein, Platz nehmen. In Autobussen dürfen nur soviel Menschen befördert werden, als an einer sichtbaren Tafel an Sitz- und Stehplätzen verzeichnet sind. Für Uebertretungen dieser Bestimmungen ist das ordentliche Gericht zuständig.

Explosionen

Im Steinbruch — in der Pulverfabrik — auf dem Fluß.

München, 20. Juli. Im Steinbruch bei Oberaudorf ereignete sich gestern nachmittags ein schweres Sprengungsglück, das ein Todesopfer und vier Verletzte forderte. Als vier Arbeiter mit dem Sprengen von Gesteinsmassen beschäftigt waren, ging plötzlich ein Schuß vorzeitig los und mehrere in der Nähe stehende Arbeiter wurden schwer getroffen. Ein zwanzigjähriger junger Mann war sofort tot. Ihm wurde der Kopf von einem Gesteinstrücker abgerissen. Die übrigen drei Arbeiter wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Paris, 20. Juli. Durch die Explosion einer Granate in einer Pulverfabrik in Bouquet (Departement Seine et Oise) wurden zwei Arbeiter getötet und ein Offizier verletzt.

Brockville (Ontario), 20. Juli. Ein Boot mit sechs Mann Besatzung ist gestern auf dem St. Lawrence-Strom durch eine Dynamitexplosion zerstört worden. Zwei Mann der Besatzung wurden getötet und drei verletzt. Die elf anderen wurden verletzt und man befürchtet, daß sie ebenfalls ums Leben gekommen sind. Die Besatzung des Bootes war im Augenblick der Katastrophe damit beschäftigt, Untiefen im Flußbett durch Dynamitsprengungen zu beseitigen.

Wieder ein Flugzeugunglück.

Prag, 20. Juli. Beim Scharfschießen auf Erdziele auf der Artillerie-Schießstätte in Malač (Slowakei) habarierte das Flugzeug „S-16-67“. Das Flugzeug, welches diese Schießübung aus nicht zu großer Höhe vornahm, stürzte aus bisher nicht festgestellten Gründen ab. Beim Auffallen auf der Erde fing es Feuer. Die Besatzung, Pilot Gefreiter Wenzel Malik und Fliegerlehrling Gefreiter Vladimir Potuček, verbrannten. Gefreiter Wenzel Malik stammt aus Prasejovic bei Strakonice, Vladimir Potuček aus Böhmen-Sudbweis. Die näheren Ursachen der Habarie werden von einer Sonderkommission untersucht.

Montag Prozeß Gorgulow.

Paris, 20. Juli. Der Mörder des Präsidenten Doumer Dr. Gorgulow ist gestern in das Gefängnis des Pariser Justizpalastes, die „Conciergerie“, überführt worden. Er wird sich nächsten Montag vor dem Pariser Geschworenengericht wegen Mordes zu verantworten haben. In den letzten Tagen hat Gorgulow mehrere Testamente abgesetzt und hat auch mehreren Pariser Tageszeitungen das Manuskript eines von ihm verfaßten „Romans von vier Seiten“ angeboten. Gorgulow lebt in dem Wahn, daß er noch vor Beginn seines Prozesses hingerichtet werden wird, und hat mehrfach den Wunsch geäußert, daß im Augenblick der Hinrichtung die russische Nationalhymne gespielt werden möge.

Anzeigepllicht für Tuberkulose in Frankreich.

Aber anscheinend aus Besorgnis um den Militarismus.

Paris, 20. Juli. Der neue französische Hygieneminister Senator Justin Godard kündigt heute im „Matin“ an, daß er in allernächster Zeit die Anzeigepllicht für Tuberkulosefranke in Frankreich einzuführen gedenke. Die von Tuber-

Vom Rundfunk

Empfehlungswertes aus den Programmen. Freitag.

Prag: 6.15: Gymnastik. 11: Schallplatten. 13.40: Schallplatten. 18.25: Deutsche Sendung: Dr. Schausberger: Der Kampf um die Arbeitsfreude. 20.05: Unterhaltungsabend. 21.35: Konzert auf der Säge. 22.20: Schallplatten. — Brünn: 14.30: Orchesterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Fürst: Aus der Geschichte des Rätsels. — Berlin: 21.10: Orchesterkonzert. — Leipzig: 19: Unterhaltungskonzert. 22.20: Orchesterkonzert. — Mühlacker: 22.55: Serenaden für Bläser. — München: 17.05: „Die Walküre“, Oper von Wagner. — Wien: 16.50: Konzertstunde. 20.15: Orchesterkonzert.

fulose befallenen jungen Leute sollen nach den Plänen des Ministers ein Jahr lang in staatlichen Sanatorien auf Staatskosten gepflegt werden. Wie Minister Godard mitteilt, mußten in den letzten Jahren bei den Assezierungen der Rekruten durchschnittlich tausend junge Leute wegen Tuberkulose als dienstuntauglich erklärt werden.

Segelflug-Opfer. Am Dienstagmorgen ist der Student Rüdiger aus Liegnitz beim Rhön-Segelflugwettbewerb auf der Wolkuppe abgestürzt und tödlich verunglückt. Der Unfall ereignete sich über dem Wald von Abisroda. Nach den bisherigen Feststellungen scheint eine Verkettung unglücklicher Zufälle den Tod Rüdigers herbeigeführt zu haben.

Meteorsturz. Die Bevölkerung von Heidelberg und zahlreichen Orten der Holz wurde am Dienstagmorgen durch den Lärm eines niedergehenden Meteors erschreckt. Die Stelle, an der der Meteor zu Boden stürzte, steht noch nicht fest. Uebereinstimmend wird berichtet, daß man einen hellen, feurigen Schweif beobachtet habe.

Schnelligkeitsrekord der englischen Eisenbahnen. Die britischen Eisenbahnen erzielten drei Schnelligkeitsrekorde. Die Strecke Wilmslow—London, die 177 Meilen beträgt, wurde in 166 Minuten zurückgelegt. Auf der Strecke zwischen Kings Cross in London und Edinburgh, die 392,25 Meilen mißt und die der „fliegende Schotte“ normal in 7½ Stunden zurücklegt, wurde die Fahrdauer um 3½ Minuten überboten. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug hier 52,3 Meilen pro Stunde. Der Londoner Expres Liverpool—London, Custon-Bahnhof, legte die Strecke zwischen Crewe und Custon, die 152,5 Meilen beträgt, in 142 Minuten zurück.

Opfer der Alpen. Die Studenten Fierz und Pauli, die seit Sonntag im Gellon-Galltal vermisst wurden, sind tot aufgefunden worden. Ihre Leichen wurden nach Mauthen gebracht.

In Oesterreich wird eine Aepfelreformernte erwartet, die es nach vorläufigen Schätzungen ermöglichen soll, 7000 Waggon Speiseäpfel und 4000 Waggon Industrieäpfel in das Zollausland zu liefern.

Die staatliche Autobuslinie Auffig—Zeilmerich über Lobositz nimmt ihren Betrieb am 1. August auf.

Drei Arbeiter verschüttet. Dienstag ereignete sich beim Bau des Flughafens in Triest ein schweres Unglück. Beim Gerabebiegen eines verbogenen eisernen Trägers mittels Gewichtes löderte sich der riesige Träger und stürzte herab, wobei eine ganze Mauer mitergriffen wurde. Durch die stürzenden Massen wurden drei Arbeiter verschüttet, von denen einer den sofortigen Tod fand, während die beiden anderen lebensgefährlich verletzt wurden.

Todessturz. Auf eigenartige Weise kam in Bonn Rechtsanwält Dr. Winkler ums Leben. Winkler hatte sich im zweiten Stock des Gerichtsgebäudes auf das eiserne Treppengeländer gesetzt, um Akten zu durchsehen. Dabei verlor er das Gleichgewicht und stürzte rückwärts durch das zehn Meter hohe Treppenhäuser ins Erdgeschloß.

Eine wertvolle Entdeckung. Unter der Kirche San Pietro ad Aram, die zu den ältesten Kirchen Napoleons zählt, wurde in der letzten Zeit ein ausgedehnter frühchristlicher Friedhof gefunden. In der Unterkirche waren Restaurierungsarbeiten vorgenommen worden und dem Prior des Klosters, das mit der Kirche in Verbindung steht, war aufgefallen, daß die Abfallmauer der Krypta unregelmäßig absehneidet. Er ließ daraufhin diese Mauer vorsichtig abbrechen, wobei zunächst ein frühchristliches Fresco mit der Darstellung der Apostelfürsten zum Vorschein kam, das sehr gut erhalten ist. Sodann stieß man auf völlig unbekannte Grabmämer mit zahlreichen Gebeinen, sowie auf sogenannte „Loculi“, Grabnischen mit eingemauerten Wänden, die als Unterlage für die Särge dienten. Der Fund ist archäologisch und religionsgeschichtlich von sehr großer Bedeutung.

Subskription für ein Briand-Denkmal. Die französische Regierung beschloß auf Vorschlag der Gesellschaft der Freunde Briands, zur Errichtung eines Denkmals für Aristide Briand eine öffentliche Subskription zu veranstalten.

Mordgeheimnis. Ein ehemaliger Reichwehrgeldweibel Thomas aus Schlesien und seine Freundin, eine Maria Schäfer, haben der Kölner Kriminalpolizei gestanden, am 8. April dieses Jahres in Köln den siebenjährigen Arzt Dr. Rubensohn niedergeschlagen, gefesselt, gewürgt und um 750 Mk. sowie um Schmutz beraubt zu haben: Rubensohn war an dem Anebel, den ihm Thomas in den Mund gesteckt hatte, erstickt. Maria Schöbe gibt an, ihren Bräutigam zu der Tat, die einen Nachhaft darstellte, angeflistert zu haben. Ihre Mutter ist Mitwisserin des Mordes und Teilhaberin am Raub. Außerdem sind noch weitere Mitwisser und Mithilfer in Untersuchungshaft.

Eine furchtbare Muttat ereignete sich in der Nacht von Montag auf Dienstag in Altona-Bahrenfeld. In einem Wochenendhäuschen der Gartenkolonie am Wilsberggelände wohnte der 34jährige Arbeiter Markmann mit seiner jungen Ehefrau und drei kleinen Kindern im Alter von 7, 4 und 3 Jahren. Am Montag Abend, als der Ehemann nach Hause kam, geriet er mit seiner Ehefrau in Streit. Als er sich später ins Bett legte, wurde er von seiner Ehefrau mit dem Beil erschlagen. Die Ehefrau Markmann machte am Dienstag Mittag auf einem Polizeirevier Mitteilung von ihrer furchtbaren Tat und gab als Grund Gervollwünsche und dauernde Streitigkeiten in der Familie an. Auch am Abend der Tat habe der Ehemann, als er in angetrunkenem Zustande nach Hause gekommen sei, wieder Streitigkeiten herbeigeführt.

Sabotageakte im Silleiner Bahnhof. Das Betriebsamt des Silleiner Hauptbahnhofes erstattete bei der Gendarmrie die Anzeige, daß in den letzten Tagen wiederholt Sabotageakte konstatiert wurden. Bei durchfahrenden Zügen, deren Garnituren in Sillein nur oberflächlich überprüft werden, wurde festgestellt, daß die Gummirollen der Westinghouse-Bremsen durchschnitten waren. Dieser Fall ereignete sich in der letzten Woche mehrmals. Die Gendarmrie hat bereits festgestellt, daß die Garnituren nach Sillein einwandfrei angekommen sind und die Sabotage nur in Sillein durchgeführt sein konnte. Das Durchschneiden der Gummirollen kann ein schreckliches Unglück nach sich ziehen. Die Gendarmrie fahndet mit ganzer Energie nach den Tätern.

Eine Posttaube wurde am 17. Juli aufgefunden. Sie trägt am linken Flügel einen Gummiring mit der Nummer 912-5003, am rechten die Nummer 078-1638. Die Taube hat der Landwirt Stan. Müller in Petrowitz bei Böhm. Litsch in Verwahrung.

Gewitter am Sonntag verursachten in Munkas und Alchorod großen Schaden. An vielen Stellen wurden die elektrischen Leitungen unterbrochen. Auf einer Alm bei Borzava wurden 30 Schafe durch Blitzschlag getötet, umweit davon fielen zehn Schafe, die unter Bäumen gestücht waren, dem Gewitter zum Opfer. Auch aus dem Bezirk Kosovo werden große Schäden gemeldet.

Caro-Petschel.

Der feine Prozeß der beiden Kapitalistenfamilien um die Witgift der Tochter des Geheimrats Caro findet jetzt in Berlin wieder öffentlich statt. Da das Gericht in der vergangenen Woche die Gründe für den Zerfall der Ehe erheben wollte, wurde die Deffentlichkeit ausgeschaltet, da es doch nicht angeht, dergleichen „Zerwürfnisse“ der Allgemeinheit preiszugeben. In diesem Prozeß leugnet bekanntlich die Familie des Aufsteiger Kohlenkönigs ganz entschieden, die Witgift von 400.000 Goldmark empfangen zu haben und hat gegen Caro die Strafanzeige wegen Meineid erhoben, weil er diese Behauptung vor Gericht durch Eid erhärtete. Im Prozeß ist infolgedessen eine sensationelle Wendung eingetreten, als der Angeklagte Caro ein Schreiben vom 17. Juni 1928 vorlegte, in dem er seinem Schwiegervater Ernst Petschel gegenüber die ausbezahlte Witgift erwähnte! Auf diesen Brief hat nun der jetzige Nebenkläger überhaupt nicht reagiert, so daß das Gericht mit Recht darin eine stillschweigende Anerkennung des Empfanges der Witgift erblickt. Dr. Ernst Petschel kann trotz eingehender Befragung darüber keine Aufklärung geben und verschanzte sich hinter der nichtsagenden Behauptung, daß er dem Schreiben keine Bedeutung beigelegt habe. Anlässlich der Verlesung des ominösen Schreibens kam es zwischen den beiden Parteien neuerlich zu sehr temperamentvollen Auseinandersetzungen, in denen der Nebenkläger Petschel gemeinsam mit seinen Anwälten wieder versuchte, die Glaubwürdigkeit seines Gegners mit allen Mitteln zu erschüttern. Unter anderem wird jetzt plötzlich behauptet, daß Caro gar nicht der Erfinder der Gewinnung des Stickstoffes aus der Luft sei, sondern Dr. Rothe, ein bekannter Chemiker, der auf das Patent jetzt angeblich Ansprüche erhebt. Es ist bezeichnend, mit welcher Fixiertheit die Familie Petschel den Prozeß immer wieder auf ein Nebengleise zu schieben trachtet, um das Gericht vom Kern der Sache abzulenken. Am Freitag wurden ferner einige engere Mitarbeiter Caros einvernommen, die übereinstimmend bestätigten, daß sowohl der junge als auch der alte Petschel in Gesprächen die Witgift immer wieder erwähnten und den jetzt angeklagten Geheimrat deshalb lobten, weil er seiner Tochter eine so große Barsumme ausbezahlt hätte. Es kommt nun auch langsam heraus, daß die beiden Familien in enger Geschäftsverbindung gestanden hätten, daß Caro in jeder Weise die Geschäfte der Petschels zu fördern trachtete, daß die Petschels Caros Unternehmungen, besonders die Bayerischen Stickstoffwerke genau überprüften und es scheint somit festzu stehen, daß dieser ganze Prozeß zu einem ungeläuterlichen Skandal werden wird, der die Familie Petschel in noch nicht dagewesener Weise blamieren muß.

Wenn es auch eigentlich gleichgültig ist, welchen Takt in diesem Skandalprozeß schließlich das Oberwasser behalten wird, so ist dieser Prozeß doch sehr lehrreich, weil er wieder einmal ein Licht in die Geschäftsmethoden des Großkapitals wirft, das sich lästiger Gegner mit allen nur erdenklichen Mitteln zu entledigen trachtet. Besonders bezeichnend für diese Mentalität ist die Tatsache, daß die Familie Petschel um einen Betrag kämpft, der bei ihren enormen Vermögenswerten überhaupt keine Rolle spielen kann.

Blick ins Dritte Reich.

Von Saliritus.

„So, Herr Müller, kommen Sie nur, gehen Sie dort hinten links den schmalen Gang entlang und sehen Sie sich auf den Saturn; halten Sie sich aber an dem Saturnring fest, daß Sie nicht hinab stürzen! Kürzlich ist mal einer abgestürzt und auf die Milchstraße gefallen. Den hat nachher Dr. Kestulap wieder zurecht pflastern müssen.“

„Wie so Kestulap? Der ist doch schon lange tot!“

„Entschuldigen Sie, Herr Müller“, sagte Petrus, „Sie befinden sich nicht auf Ihrer Erde, sondern im Himmel. Was unten tot ist, wird hier lebendig; das wissen Sie doch.“

„Ach ja, gewiß, selbstverständlich, Sie hatten ja die Liebenswürdigkeit...“

„Herrn Müller, Deutschland, auf eine Stunde in den Himmel einzuladen, damit er einen Blick ins Dritte Reich werfen kann“, ergänzte Petrus. „Doch nun müssen Sie sich beeilen. Die Vorstellung da unten beginnt gleich.“

Müller schob ab und nahm auf dem Saturn Platz. Dort war eine Terrassop angebracht, daß die Erde in größter Nähe zeigte. Müller drehte an einem kleinen Rad und sah durch das Glas ... Alpen ... Innsbruck ... Hochebene ... Frauenkirch im Häusermeer, aha, München! Das Terrassop hielt still, die Stadt vergrößerte sich, rückte ganz nahe heran, ein Feld erschien, braune Uniformen marschiert hin und her. Eine Stimme schrie: „Achtung, ihr Steinhammel, Knochen in die Höhe, Augen garabada — aus!! Zurück die Granbarte! Wollt wohl schon zu den Stuten nach Hause? Ich werde euch lehren! Mit 45 Jahren ist man noch brauchbares Kanonensfutter. Wenn die Gicht plagt, marsch in die Arbeitskompanie; das hilft! Wenn dann alle Bier steif sind, Abschied ins Jenseits. Volk muß gesund bleiben, jawohl; Kasse muß sich durchsetzen!“

Der junge Mann, der da in den Haufen schrie, spielte mit einer Reitpeitsche. Er war blond, seine Nase unter niedriger Stirn plattegedrückt. Die Brust schmückte ein silbernes Halbkreuz.

Im Vordergrund lagen ältere Männer im Staube, sprangen auf, rannten vor, warfen sich hin, sprangen wieder auf, je nachdem der junge Mann schrie.

Ein tausendstimmiger Ruf erscholl. Der Blonde stand stramm. In Begleitung eines langen Totenkopfschädeln mit Adlernahe, vielen Orden auf der Brust und einem ziemlich verlebten Gesicht, schritt ein schwächliches Herrchen in brauner Uniform durch die Kolonnen, unter der Nase einen sauber gestutzten Schnurrbart, in die Stirnenden Rest einer Zolle gelenkt. Alles brüllte: „Heil Hitler!“

In diesem Augenblicke stob der junge Mann auf die vorderste Reihe einer Gruppe zu und sah zu einem der Alten am Knopf der braunen Jacke.

„Warum hast du nicht gerufen, du Schwein?“

„Ich habe ...“

„Lüge nicht; ich beobachte euch schon eine ganze Weile. Wie heißt es, wenn der Draf kommt?“

Schweigen. —

Eine Reitpeitsche klatschte drei, vier Mann aus der Gruppe ins Gesicht ...

Frauen werden vergeben.

Von Erna Büjing.

Tief im Dickicht lebten sie, versteckt wie scheue Tiere, die Lippennegerinnen. Sie waren nur noch wenige ihres Stammes; sie standen auf dem Aussterbeort, ohne es zu ahnen. Sie lebten bescheiden und beschaulich, wußten nichts von der Welt und ihren Räten, konnten die Erde nicht aufteilen in geographische Grenzen, nationale Interessensphären und Kulturzirkel. Sie pflanzten den Pflanz in ihren Lippen, der ihnen das Essen und das Sprechen fast zur Unmöglichkeit machte; sie trainierten ihre Lippenträger zur immer größeren Weitungsmöglichkeit, und schließlich umschlossen sie eine Holzscheibe von Kompositellergeröhre.

Vor langen, langen Zeiten jagte man ihre Stammesvorsfahren wie das Wild. Andere Stämme hatten sich sesshaft gemacht und brauchten die menschliche Arbeitskraft, um das Land urbar zu machen. Sie rissen die Schwachen aus ihren Hütten und von ihrer Familie, machten sich ihre Muskelkraft zunutze, ließen sie für sich arbeiten, und der Sklavenhandel wurde ein ertragreiches Geschäft. Natürlich für den, der ihn betrieb, und nicht für den, der verschachtet wurde. Die überfallenen Neger hatten nicht genügend Kraft zur Abwehr. Da nahmen sie ihre Zuflucht zur List und verunstalteten ihre Frauen, damit sie nicht die Beute fremder Menschenräuber würden. Sie durchbohrten schon in allerfrühesten Jugend den Wädhchen die Lippen, zwängten einen Pflock hinein und erzeigten ihn nach und nach durch einen immer größeren. So konnte die erwachsene Frau unmöglich einen Mann küssen, und schon war sie auch nicht; im Gegenteil, sie war derart entsetzt, daß jeder Mensch, der nur ein wenig Schönheitsgefühl hatte, sich entsetzt von ihr abwenden mußte. Auf diese Weise behielten die vom Sklavenhandel bedrohten Neger ihre Weiber.

Kuckuck
30 Groschen
20 Pfennig
10 Rappen
1/60 L.K.

Die größte illustrierte
Wochenschrift
erscheint jeden Sonntag
überall erhältlich

„Heil Hitler! heißt das, verstanden!“ schrie der Blonde.

Müller erschrickt so sehr, daß er sein Terrassop verschiebt. Erst nach einiger Zeit findet er Deutschland wieder. Er stellt und schraubt; endlich taucht eine Villa auf. Drei Herren gehen im Garten auf gepflegten Wegen auf und ab.

„Aber, Herr Geheimrat, Ihre Befürchtungen sind doch überflüssig. Wie soll denn das Volk seine Unzufriedenheit äußern? Bitte, bitte — früher in der Republik konnte jeder Lausbengel schreiben, was er wollte. Ganz gut so übrigens, sie haben brauchbare Erziehungsarbeit geleistet.“

„Herr Doktor, so dumm ist das Volk heute nicht mehr!“

„Zugegeben ... stimmt. Aber der Wille, unsere neue ... ah, Ordnung zu ändern, nützt doch gar nichts. Wozu auch? Das Direktorium regiert ohne Tarifverhandlungen, Abstimmungen und den ganzen Quark. Unzüge: verboten. Zusammenrottungen: Standrecht. Für streche Redakteure: Zuchthaus; und den Verlegern schaltet man den Strom für die Rotationsmaschinen ab, bildlich gesprochen natürlich Herr Geheimrat.“

Und die freien Berufe, Kaufleute, Handwerker? Die kann zur Zufriedenheit keiner zwingen!“

„Müssen Maul halten. Boykott macht auch den stärksten Mann fixer. Italien hat da saubere Arbeit vorgemacht. Was wollen Sie also noch? Was haben Sie gegen den Münchener?“

„Oh, nichts. Er ist zwar nicht ganz standesfähig, aber solange er uns schalten und walten läßt — und das muß er; sonst gibts keine Schecks —, solange sehe ich gar keinen Grund ...“

Das andere verstand Müller nicht mehr. Eine atmosphärische Störung nahm die Worte weg. Er suchte später seinen Wohnort. Es dauerte eine ganze Weile, ehe er ihn fand. Dort die Straße ... der Platz ... das Haus. Müller wurde regelrecht neugierig. Was würde seine Frau machen, wenn er geht ...

Er schaute durchs Fenster. Donnerwetter, da sah er ja mit ihr leibhaftig auf dem Sofa und las den Bericht über die großartige Massenparade in München. ... Jeder einzelne jubelte dem genialen Führer zu ... stand im Festschritt geschrieben. Müller dachte: das stimmt doch nicht; im Gegenteil; und er rief dem Müller auf dem Sofa zu: „Alles Schwindel, was ihr da lest!“ Aber der Müller auf dem Sofa rührte sich nicht, sondern sah auf das Hitlerbild über dem Tische und sagte: „Lach gut sein, Johanna, jetzt geht's uns zwar noch schlecht, aber unser treuer Draf ...“

„Blödsinn, Idiot!“ schrie Müller, sprang vom Saturn und raste der Himmelspforte zu.

„Wohin so schnell? Die Zeit ist doch noch nicht um“, rief ihm Petrus nach.

„Ach habe genug. Ich muß runter, schleunigst aufklären.“

„Das hat bis jetzt noch jeder gesagt, der drunten nicht glauben wollte; aber ob Sie zurecht kommen ...?“ lächelte Petrus und schloß das Himmelstör zu, denn von der Erde herauf roch es bedenklich fengerrig.

ihre abwenden mußte. Auf diese Weise behielten die vom Sklavenhandel bedrohten Neger ihre Weiber.

Es kamen andere Zeiten, aber der Pflock verschwand nicht mehr aus den Lippen dieser Negerinnen. Er hatte zwar längst seine Bedeutung verloren; er wurde zur Narrheit; aber die

Ein Privatweg zum Pfuhl des § 144.

Die Inhaberin des „Kindertrematoriums“ unter Erpressungsanfrage.

Wag. 20. Juli. Die geschiedene Frau Aloisia Roudnickh, von Beruf Hebamme, wurde heute dem Senat des OGH. Prava in Sträßlingstraße vorgeführt. Die Anklage lautet auf das Verbrechen der Erpressung. Die Angeklagte befindet sich derzeit in Haft des Frauengefängnisses Kery, wo sie wegen schwerster Delikte um den berüchtigten Fruchtabtreibungsparagraphen auf dreizehn Monate festliegt.

Frau Roudnickh ist eine wohlbekannte Persönlichkeit. Sie war eine der besten Insektentundinnen der patriotischen und „Kulturpreise“. Damen belieben sich mit Vertrauen zu wenden — — —. Es war ein einträgliches Insekt, das natürlich mit dem Moment schandenhalber verschwinden mußte, als die Auftraggeberin hinter schwedischen Gardinen sah, oder wohl hauptsächlich deshalb, weil der Insektentpreis nicht mehr zu bezahlen war.

Dieses Weib war als Inhaberin eines „Kindertrematoriums“ in ihren Kundentreisen bekannt. Nach außen hin firmierte ihr schneuliches Geschäft als „Friseursalon“. In diesem „Friseursalon“ wurden Abtreibungsoperationen vorgenommen und die „Friseurinnen“ waren durchwegs ausgebildete Pflegerinnen. Die abgegangenen Früchte wurden in einem besonders konstruierten Ofen verbrannt, daher der Spitzname „Kindertrematorium“.

In diesen Zumpf führt und heute eine Anklage, die sich um eine außerberufliche Angelegenheit dieses Weibes dreht. Diese 42jährige und ziemlich wohlhabende Frau war ein intimes Verhältnis mit einem verheirateten Guts-

hielt sich, denn sie wurde zur Mode. Und M-de wurde Sitte und Gesetz, und heute gehört der Lippenspflock zu den nationalen Belangen dieses eigenartigen Regertammes.

Doch heute jagt nicht mehr der Schwarze den Schwarzen. Heute sieht der Weiße als Gottheit über allen Dunkelhäutigen. Er zivilisiert sie; er zwingt ihnen europäische Probleme auf und speert sie in seine Fabriken. Er läßt die Rohstoffe am Orte der Erzeugung verarbeiten. Der Neger schuftet für eine Mark den Tag, und die weißen Arbeiter gehen in ihren Heimatländern in Millionenheeren in die Hölle der Arbeitslosigkeit.

Wir Weißen kommen und immer gefühlsstark vor, wenn wir in der heutigen rechnerischen Zeit ein völkerverständliches Interesse betonen. So holte man die Lippennegerinnen, die letzten ihrer Art (weil Frankreich die merkwürdigen Verschönerungsmaßnahmen verbot), nach Europa. Sie hatten es bald erfahrt, daß sie als Schauobjekte etwas auf sich zu halten hatten, und puzten andauernd ihre Lippenträger mit Lumpen. Sie puzten sie so schön blank, wie die saubere Hausfrau den Messingkan der Wasserleitung. Man schleifte die Lippennegerinnen von Ort zu Ort, und die Europäer haben sie an und priesen die eigene Zivilisation. Auf die Lippennegerinnen sausten die Wunder Europas nieder. Sie haben sich und ihre Lippenspflockkolleginnen in den Zeitungen abgebildet, ohne zu wissen, was eine Zeitung bedeutet. Sie erblickten die farbigen Lichtreklamen und erschauerten vor den neuen bunten Wundern des Himmels. Sie warfen den Kopf in den Nacken, starrten die Häuser an und dachten, sie seien aus diesem sonderbaren Stadtboden gewachsen, der keine Erde kennt. Auf den Schauläben erblickten sie auch dann und wann Bäume.

Aber die haben unwirklich aus, hatten nichts von dem Geheimnis und dem Schrecken der Wälder an sich, die sie kannten. Die Lippennegerinnen waren angefüllt vom Erzählentönen. Vielleicht würde daheim, in der Mitte ihres Stammes, eine von ihnen zur Sprachschöpferin primitiver Art. Aber für sie gibt es kein Nachhausekommen. Man verfrachtet sie in D-Jügen, Ozeanriesen und Automobilen. Es geht weiter, immer weiter in den Verdienst hinein für ein paar Unternehmer.

Gegenwärtig sind die Lippennegerinnen die Saisonmode in Amerika. Doch der Mensch neidet sich nie das Leid, dafür stets die Triumphe. Der Siegeszug der Lippennegerinnen verläuft deshalb nicht in friedlichen Bahnen. Nicht etwa, daß sie sich untereinander rannten! Wie kamen sie dazu! Sie sind heimwehkrante Wesen, die sich aneinander schmiegen. Jedoch die weißen Unternehmer kennen Kontrakte und Vertragsklauseln und unterschiedliche Auslegungen von Gesetzen. Und zur Zeit verlagert der bekannte amerikanische Showman Hugh W. Fowler den andern bekannten Showman John Ringling, weil der die Ubangi-Lippennegerinnen in seiner Schau hat. Fowler behauptet, durch Vermittlung der französischen Regierung die Lippennegerinnen vom Kongo gebracht zu haben. Er hat beim Gericht entsprechende Dokumente hinterlegt und verklagt John Ringling auf 75.000 Dollar Schadenersatz. Ferner weist er nach, daß die beiden Manager Lew Dufour und Terry Turner von ihm nur angestellt und daher nicht berechtigt gewesen sind, mit Ringling den Abschluß zu tätigen und die Lippennegerinnen zu vergeben.

Ein Glück, daß die gesamte Erde sich zivilisiert! Tief im dunklen Erdteil jagt heute nicht mehr der Schwarze den Schwarzen. Weder ihm steht, als Schicksal bestimmende Gottheit, der weiße Kapitalist. Der ist die personifizierte Kultur, und er sorgt für Recht und Ordnung, läuft vor Gericht und verklagt seinen Konkurrenten auf mehr als 300.000 Mark — in Buchstaben: dreihunderttausend Mark — Schadenersatz, wenn ein Unbefugter unrechtmäßig — Frauen vergibt.

bisher in der Reinfelder Gegend eingegangen. Als er das Verhältnis lösen wollte, liebte sie sich mit geschäftsgewohnter Zähigkeit an ihn. Zunächst verlangte sie 7000 K und bekam sie auch. Damit war sie aber nicht zufrieden. Im Herbst des Vorjahres erschien sie auf dem Gut des Liebhabers, den sie diskret herauszulassen ließ. Sie verlangte nunmehr 26.578 K von ihm, welchen Betrag sie angeblich ihrer „Freundin Podlak“ schuldig sei. Diese Podlak war eine ihrer Gehilfinnen beim Betrieb des „Kindertrematoriums“.

Diese Forderung wurde abgelehnt. Aber im Dezember erschien sie von neuem. Diesmal verlangte sie 100.000 K Abfertigung. Bei jeder Forderung drohte sie dem Gutsbesitzer, seiner Gattin von seinem Zeiteinsprung Mitteilung zu machen.

Am 2. Jänner d. J. machte sie ihre Drohung wahr und wandte sich direkt an die Frau ihres Geliebten. Vielleicht war diese vorbereitet — jedenfalls prallte der Erpressungsversuch ab und die Erpresserin wurde der Gendarmrie übergeben. Die Sicherheitsbehörden nahmen großes Interesse an diesem Weib und nach den Tatsachen, die bezüglich des „Kindertrematoriums“ inzwischen zutage gekommen waren, erbielt die Inhaberin des „Trematoriums“ einweisung wegen dieser Dinge dreizehn Monate schweren Arters, die sie gegenwärtig verbüßt.

Nach durchgeführter Verhandlung wurde sie heute zu einer Zusatzstrafe von weiteren vier Monaten verurteilt. Bei der Abführung ließ sie bestige Drohungen gegen das Ehepaar aus, das sich ins Auditorium zurückgezogen hatte.

